

# Die Gewerkschaft

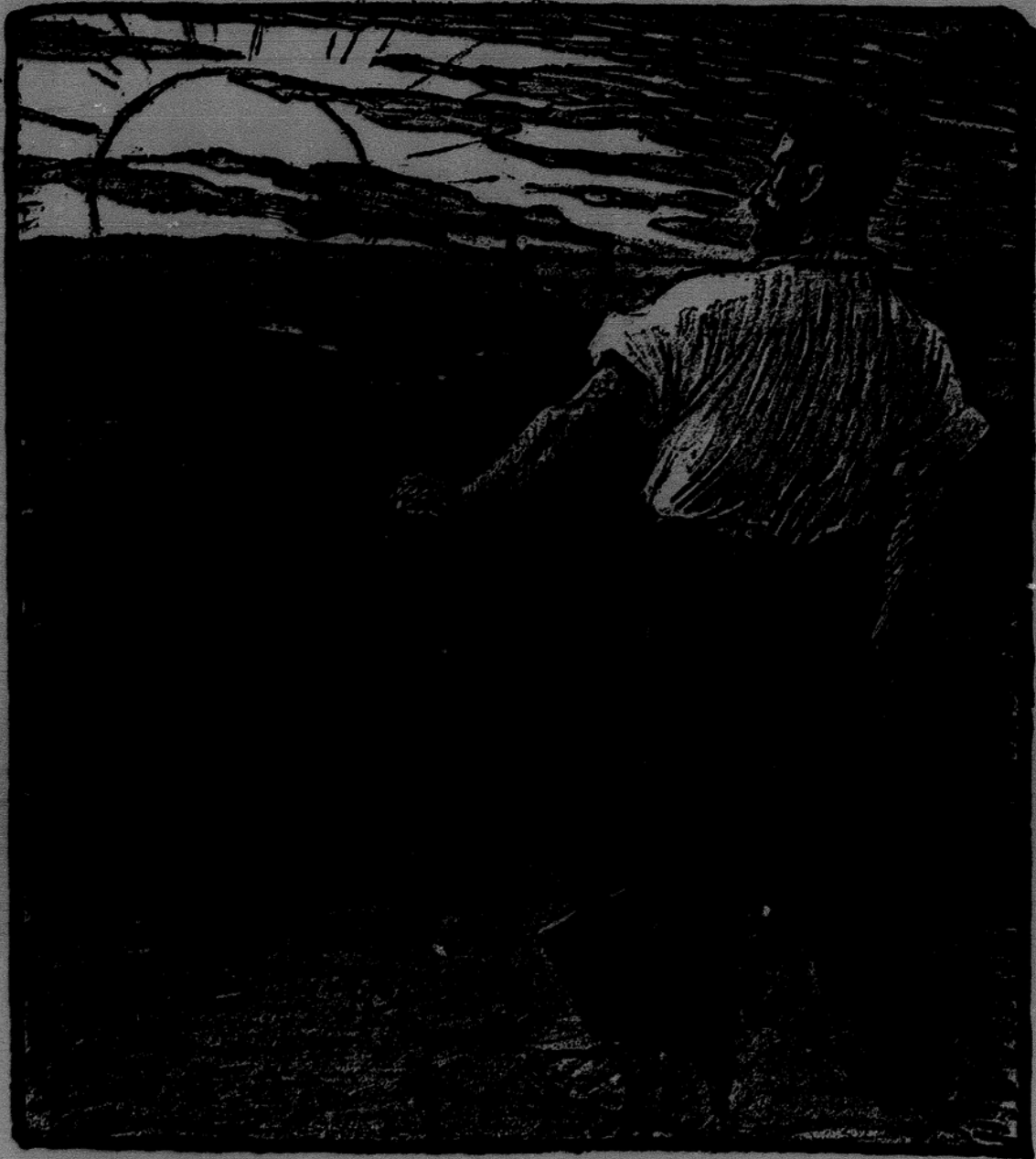
Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 11, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Belegpreise vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3169



Behalt  
einen  
verigen  
le find  
en, bis  
kon.

## Achtung! An alle Unorganisierten! Achtung!

**R**ollegen und Kolleginnen! Wir leben in ernsten Zeiten und an jeden tritt immer schärfer die Aufgabe heran: Wie kann dem übermäßigen Druck der Steuern und Zölle auf die wichtigsten Nahrungsmittel Einhalt geboten werden? Fortgesetzt sind die Lebensmittelpreise gestiegen und der reale Wert des Geldes ist im Sinken begriffen.

Wohl haben die besitzenden Klassen in Deutschland sich ungeheuer bereichert. Sie lassen nicht nur Menschen, sondern auch die Maschinen für sich arbeiten. Aber was ist Dir damit geholfen, Proletarier, der Du nur noch intensiver und angespannter arbeiten mußt, um der Maschine folgen zu können? All die riesenhaften Profite, welche Du schaffen hilfst, wandern in die Taschen der privaten oder gemeindlichen Unternehmer und Du erhältst davon nicht einmal so viel, um die Ansprüche Deines Körpers, Deiner Familie in vollem Maße befriedigen zu können.

Ist es nicht ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung, wenn auch Du Dich unserer seit langem erhobenen Forderung anschließt:

### **Her mit der Verkürzung der Arbeitszeit! Her mit dem Achtstundentag!**

Einst — es ist nicht gar so lange her — galt der Achtstundentag als ein Phantasieprodukt einzelner „Seger“, Unzufriedenen und „Vollsverführer“. Aber blicke einmal um Dich! In erster Linie dank der Tätigkeit des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes haben wir in zirka 60 Gemeinden den Acht-Stundentag für Gasarbeiter und andere Kategorien erobert und eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit für Zehntausende unserer Kollegen und Kolleginnen durchgeführt. Nimmst Du nicht selbst an diesen Errungenschaften teil und freust Dich ihrer? Wohlan, es gilt auf diesem Gebiete weiter vorwärts zu schreiten. Aber dazu bedarf es Deiner Mithilfe! Nicht länger darf den einzelnen Betriebsverwaltungen die Möglichkeit geboten werden, sich bei ihrem ablehnenden Verhalten auf Dich zu berufen und zu sagen: „Unsere Arbeiter sind zufrieden und wollen keine Verkürzung der Arbeitszeit!“

Die schwere, schmutzige, gesundheitsgefährdende Arbeit der weitaus meisten städtischen Industrien erfordert geradezu geheimerisch — wie Du aus Deinen Kranken- und Unfallziffern leicht entnehmen kannst —

### **mehr Arbeiterurlaub, hygienische Fürsorge, Unterstellung sämtlicher städtischen Betriebe unter die Gewerbeordnung**

Wohlan, Kollege und Kollegin! Wer wird diese Forderungen durchkämpfen? Hat nicht die Organisation fortgesetzt ihre Stimme erhoben, um hier Abhilfe zu schaffen? Was Du an Ansätzen nach dieser Richtung siehst, ist mühsam und in hartem Ringen von Deinen organisierten Kollegen erobert worden!

Und endlich, Kollegen, fragen wir Euch:

### **Wie anders kann unser Ziel, ein auskömmlicher Lohn, erreicht werden, denn durch die Organisation?**

Auch die Stadt- und Staatsverwaltungen lassen sich gegenüber den Angestellten und Arbeitern von kapitalistischen Grundbesitzern — Angebot und Nachfrage — nur zu gern leiten. Willst Du als Unorganisierter ihnen diese Tendenz auch fernerhin erleichtern? Tue Deine Pflicht! Laß nicht länger den Mahnruf Deiner organisierten Arbeitsbrüder verhallen. Rüttle mit uns gemeinsam an den Ketten, welche das Schicksal auch Dir geschmiedet hat! Wirf ab alle Verzagtsein, sei nicht länger ängstlich und unschlüssig, denn als einzelner ist jeder Kampf aussichtslos, während durch den Zusammenschluß Dir die Zuversicht einer besseren Zukunft aufsteigen wird! Dein Weib und Kinder, Deine Familie kann von Dir fordern, daß Du Vorsorge triffst in den Nöten des heutigen Daseins. Wohlan: Wer hilft Dir? Die Organisation! Tritt der besten Sparte der Welt bei, denn der Verband gewährt Dir mehr, wie Du ihm jemals leisten könntest.

Es gibt ein Bild des berühmten sozialistischen Malers und Zeichners Steinlen: „Wann kommt unser Tag?“ Du siehst es auf der Vorderseite dieser Nummer in schlichter Wiedergabe. Der riesenhafte Arbeiter — die Verkörperung der Arbeit — schaut, gestützt auf sein Werkzeug, in die Ferne, wo die Sonne (der werdende Tag) mählich aufsteigt, trotz all der schweren Wolken und Rauchschwaden. Vor ihm stehen die grauhaft düsteren, dampfenden Fabriksschote. Im Innern dieser dampfenden Fabriken stehen noch die Hunderttausende in dampfer Fron, stets bedroht von den nimmer rastenden Maschinen, dem Qualm und Staub, der die Menschen viel zu früh ins Grab bringt. Auch Du müßt Dich ab in den Gasanstalten und anderen städtischen Betrieben in harter Arbeit, nur um Dein bishigen Lebensunterhalt zu erwerben. Auch Du schaust wohl einmal bei der Arbeit auf und fragst: „Muß das immer so sein? Wann kommt unser Tag, wo die Arbeit frei wird, wo

### **kurze Arbeitszeit, auskömmlicher Lohn und hinreichender Arbeiterurlaub**

auch für Dich geschaffen werden? Nicht als „Wohlthaten“, sondern als Rechte und Pflichten der menschlichen Gesellschaft an alle Arbeiter!“

Siehe, der Tag ist näher, als Du zu hoffen wagst! Die Organisationen führen einen Heldenkampf mit der Hydra Kapitalismus, und wir werden nicht eher ruhen, bis die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwindet. Dazu bedarf es aber Deiner Mitwirkung, Deines Eintretens in unsere Reihen! Willst Du mitkämpfen für diese Ziele, für das Wohl Deiner Familie und Deiner selbst?

Arbeitsbrüder! Erneut geht der Ruf an Euch: Zögert nicht länger, schüttelt ab alle kleinlichen Bedenken, folgt unserer Fahne! Gewaltig ist unsere Zahl. Schon zählen wir 33 000 Kämpfer. Aber größer noch sind die Scharen derer, die den Mut bislang nicht fanden, zu uns zu stoßen und die kleinen Opfer zu bringen, ohne die kein Kampf in der Welt geführt werden kann.

Das Unternehmertum im Baugewerbe versucht es gegenwärtig, die Arbeiter unter ihre Fuchtel zu bekommen und sie zu knebeln. Sollen wir da ruhig zusehen, wo wir doch wissen: Auch uns würde das gleiche Schicksal treffen, wenn wir nicht energisch zur Abwehr übergehen! Mit nichten! Es bleibt daher jedem weiter denkenden Kollegen, jeder Kollegin kein weiterer Weg offen:

### **Zusammenschluß aller im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter!**

## Unsere Verbandsleistung nach dem neuen Statut. (Gültig vom 1. Oktober 1909).

Nirgends werden die Worte: „Leistung und Gegenleistung“ mehr gewürdigt, als in den Organisationen der Arbeiter. Wir mögen hinblicken, wohin wir wollen, überall finden wir dies bestätigt. Staat, Gemeinde, Kirche usw. fordern von uns Abgaben, ohne daß uns nennenswertes hierfür geboten wird. Da heißt es zahlen und abermals zahlen; mit der Gegenleistung ist es jedoch schlecht bestellt. Ganz anders in den von den Arbeitern errichteten freien gewerkschaftlichen Organisationen. Hier fließt alles den Mitgliedern wieder zu. Oftmals in weit höherem Maße, als je die Einzahlungen mit Zins und Zinseszins betragen. Je größer nun die Organisationen sind, um so leistungsfähiger sind sie.

Auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist solch eine Organisation. Aus den kleinsten Anfängen heraus hat er sich zurzeit zu einer immerhin schon respectablen Größe entwickelt. Begründet im Oktober 1896, wies er am Schlusse des Jahres eine Mitgliederzahl von 400 auf. Beim Jahresabschluss 1909, also nach 13 Jahren, blickten wir auf die stattliche Anhängerzahl von 32488 Mitglieder. Zurzeit, wo wir dies schreiben, sind die 33000 bereits überschritten. Und trotzdem ist eine große Anzahl Kollegen und Kolleginnen vorhanden, welche die Notwendigkeit der Organisation nicht begriffen haben und uns deshalb noch fernstehen. Durch unermüdete Aufklärungsarbeit müssen auch sie gewonnen werden.

Entsprechend dem geringen Beitrage (10 Pf., später 15 Pf. pro Woche) in den ersten Jahren des Bestehens unserer Organisation konnten die Leistungen nur gering sein. Immerhin wurde auch hierfür schon Rechtschutz, Gemahregelten- und Streit-Unterstützung geboten. Ferner die unentgeltliche Lieferung unseres Organs. Die Hauptaufgabe aber wurde, ebenso wie heute, in der Aufbesserung der Löhne resp. des Arbeitsverhältnisses erblickt.

Mit dem 1. Juli 1908 wurde dann bei einem Beitrage von wöchentlich 20 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder zu den oben schon angeführten Unterstützungsarten noch die Sterbeunterstützung eingeführt.

Der Verbandstag in Mainz 1906 brachte uns dann die Ausdehnung der Sterbeunterstützung auf die Ehegatten der Mitglieder. Ferner wurde die Erwerbslosenunterstützung eingeführt, welche mit dem 1. Oktober 1907 in Kraft trat. Und dies alles für den geringen Beitrag von wöchentlich 35 resp. 25 Pf.

Der im Jahre 1909 in Dresden stattgefundene 6. Verbandstag führte zu den bestehenden eine 40 Pf.-Beitragsklasse ein und sicherte diesen Mitgliedern erhöhte Unterstützungssätze bei Erwerbslosigkeit.

Nachdem wir in kurzen Zügen ein Bild der Entwicklung unserer Leistungen gegeben haben, wollen wir jetzt von dem zurzeit gültigen Statut die wichtigsten Bestimmungen registrieren.

### Zweck des Verbandes.

Die Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen seiner Mitglieder auf Grund der für diesen Zweck in Frage kommenden Gesetze.

Insonderheit erstrebt der Verband für seine Mitglieder die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das soll geschehen durch Lohnbewegungen und Abschluß korporativer Arbeitsverträge.

### Wer kann dem Verbands beitreten?

Alle männlichen und weiblichen Personen, die in Gemeinde-, Staats-, Kreis- und Provinzialbetrieben beschäftigt werden, sowie die Arbeiter privater Gasanstalten; ferner das gesamte Personal.

### Wieviel beträgt das Eintrittsgeld und die wöchentlichen Beiträge?

Das Eintrittsgeld beträgt für jedes männliche Mitglied 50 Pf., für jedes weibliche Mitglied 25 Pf.

Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder mit einem wöchentlichen Verdienst bis inkl. 21 M. 35 Pf., darüber hinaus 40 Pf.; für weibliche Mitglieder 25 Pf.; für jugendliche Arbeiter 25 Pf. Hierzu kommen in den größeren Orten noch lokale Zuschläge für die besonderen Aufwendungen der Filiale. Mitglieder, welche von seiten ihrer vorgelegten Behörde in den Ruhestand versetzt oder invalide werden, zahlen während der Zeit ihrer Pensionierung nur einen Beitrag von 15 Pf. pro Woche. Für solche Mitglieder bleibt nur der Anspruch auf Sterbeunterstützung und Lieferung der Verbandszeitung bestehen.

### Was leistet der Verband hierfür?

**Gemahregeltenunterstützung** an Mitglieder, welche infolge ihrer Tätigkeit für den Verband oder dessen Interessen gemahregelt sind, vom Tage der Mahregelung an.

Die Unterstützung beträgt pro Woche für männliche ledige Mitglieder 12 M., für männliche verheiratete Mitglieder 15 M., für weibliche Mitglieder 8 M. Zu dieser Unterstützung erhält jeder Familienvater für jedes seiner Fürsorge unterstehende Kind unter 14 Jahren einen Zuschuß von 1 M. Mitglieder, welche für Familienangehörige zu sorgen haben, werden verheirateten gleichgestellt; daselbe gilt auch für die weiblichen, die für den Unterhalt von Kindern zu sorgen haben, wenn diese Mitglieder allein stehen und außer ihnen niemand für die Kinder sorgt.

Diese Unterstützung wird bis zu 13 Wochen gezahlt. Auf Antrag der zuständigen Filialverwaltung kann in besonderen Fällen auch über diese Zeit hinaus die Unterstützung gezahlt werden.

Verheiratete Mitglieder oder solche, welche diesen gleich zu achten sind, erhalten bei längerer als einmonatlicher Dauer der Mahregelung eine Zuzube zur Miete in der Höhe von 5 M., ebenso für die weiteren Monate.

Wird ein Mitglied infolge der Mahregelung gezwungen, zu verziehen, so werden ihm, falls der Umzugsort mindestens 20 Kilometer und mehr entfernt liegt, die Hälfte der nachweisbaren Umzugskosten bis zum Höchstbetrage von 30 M. bewilligt.

### Streikunterstützung.

Hierfür gelten die gleichen Sätze wie oben.

Für alle Mitglieder, welche dem Verbands erste ein Vierteljahr (13 Beitragswochen) angehören, wird nur die Hälfte dieser Unterstützungssätze gezahlt.

### Erwerbslosenunterstützung.

Als Erwerbslosigkeit gilt Arbeitslosigkeit und Krankheit.

Diese Unterstützung beträgt nach einer Mitgliedsdauer von

Beitragswochen	Auf die Dauer von	Für männliche Mitglieder wöchentlich Beitrag		Für weibliche und jugendliche Mitgli.
		à 35 Pf.	à 40 Pf.	wöchentl. Beitrag à 25 Pf.
52	4 Wochen	4 M.	6 M.	3 M.
156	5 " "	4 " "	6 " "	3 " "
260	6 " "	4 " "	6 " "	3 " "
416	7 " "	4 " "	6 " "	3 " "
520	8 " "	4 " "	6 " "	3 " "

Der Höchstbetrag beträgt pro Jahr bei einem Beitrage von

25 Pf. pro Woche	24 M.
35 " " "	32 " "
40 " " "	48 " "

Zu diesen Unterstützungssätzen haben die größeren Filialen noch besondere lokale Unterstützungs-Einrichtungen getroffen. Insbesondere werden Zuschüsse für die erhebliche Erwerbslosen-Unterstützung gezahlt, die durch geringe lokale Beiträge aufge-

<b>Streikunterstützung</b> 103 636 Mk.
<b>Gemahregeltenunterstützung</b> 5144 Mk.
<b>Rechtschutz</b> 1885 Mk.
<b>Zusammen</b> 110 675 Mk.
<b>Arbeitslosenunterstützung</b> 15 550 Mk.
<b>Krankenunterstützung</b> 85 201 Mk.
<b>Sterbeunterstützung</b> 25 185 Mk.
<b>Hoffallunterstützung</b> 26 803 Mk.
<b>Agitation und Lohnbewegung</b> 97 516 Mk.
<b>Verbandsstag und Konferenz</b> 13 340 Mk.
<b>Beiträge an Generalkommissionen Kartelle u. Intern. Sekretariat</b> 22 650 Mk.
<b>Verbandsorgan „Die Gewerkschaft“ und „Sanitätswart“</b> 53 976 Mk.
<b>Verwaltung und Inventar</b> 176 571 Mk.
<b>davon lokale Verwaltungskosten</b> 116 625 Mk.
<b>Bildungsmittel und Diverses</b> 27 915 Mk.

**Gesamt-Ausgabe des Verbandes im Jahre 1909**  
**655 594 Mk.**

Anmerkung. Diese Zäule entspricht in ihrer Einteilung durch die Abgrenzungslinien den einzelnen Posten unserer Ausgaben im Jahre 1909

bracht werden. Ebenso sind in gleicher Weise an manchen Orten besondere Sterbe-Unterstützungen für Frauen und Kinder eingerichtet.

#### Sterbeunterstützung.

Dieselbe beträgt nach einer Beitragsleistung von 52 Wochen 60 Mk., steigend bei je weiteren 52 Wochen um 10 Mk. bis zum Höchstbetrage von 150 Mk.

Für verstorbene weibliche und jugendliche Mitglieder werden 75 Proz. der vorstehenden Sätze bezahlt. In Sterbefällen von Ehegatten der Mitglieder wird eine Beihilfe in Höhe der Hälfte der für das betreffende Mitglied in Frage kommenden Sätze gezahlt.

#### Rechtsschutz.

Ohne Rücksicht auf die Dauer der Verbandszugehörigkeit, sofern ein Mitglied wegen seiner Verbandstätigkeit oder wegen Verlustes gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung in den Anklagezustand versetzt wird bezw. einen solchen Rechtsstreit mit Zustimmung des Verbandsvorstandes anstrengt.

Nach 26 Wochen Mitgliedschaft in solchen Fällen, die dem Arbeitsverhältnis entspringen und in allen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung (Unfall, Invalidität, Alter und Krankheit) und Pflanzpflicht liegenden Streitigkeiten; letztere nur insoweit, als sie mit Ausübung der Arbeit in direktem Zusammenhange stehen.

#### Verbandszeitschrift.

Ferner wird unser alle 8 Tage erscheinendes Organ „Die Gewerkschaft“ den Mitgliedern unentgeltlich geliefert. Für die Sektion Krankenpflege, Massage- und Kaderpersonal erscheint außerdem 14 täglich die „Sanitätskarte“.

Wir haben also gewiß nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß nirgends die Gegenleistung so groß ist wie in den Organisationen der Arbeiter.

In den vorstehenden Darlegungen erläuterten wir nur die materiellen Leistungen, soweit sie durch das Statut gegeben sind. Nicht außer acht zu lassen aber wird sein der ungeheure Einfluß, den die Organisation in moralischer Beziehung ausübt. Kollegialität, Kameradschaftlichkeit und Solidarität können nicht gedeihen, wo die Organisation fehlt. Uebergrieffe der unteren Vorgesetzten werden nur dann entschieden zurückgewiesen, wenn alle Arbeiter zusammenstehen.

Darum: Kollege oder Kollegin! Wenn Du unserer Organisation noch nicht angehörst, schließe Dich derselben an. Es liegt in Deinem eigenen Interesse. Sobald Du aber schon Mitglied bist, gehe hin und werbe neue Kämpfer. **A. A.**

### Warum bin ich ein Gewerkschaftler?

Weil ich den Mut besitze, mit meinen Kameraden zusammenzuballen und ein ehrliches Verlangen nach dem zu stellen, das uns gehören soll. — Weil ich möchte, daß jeder Mann, jedes Weib und jedes Kind ein gutes Auskommen, gutes Essen, gute Kleidung und genug Zeit, dies zu genießen, habe. — Weil ich gegen Schmutz und Dummheit, aber für Gesundheit und Wissen arbeite. — Weil ich mehr halte von einem ehrenhaften Charakter in zerrissenem Kleide, als von einem eingebildeten Dummkopf mit Bank-Konto. — Weil ein Gewerkschaftler immer geachtet ist, mit Ausnahme der interessierten Feinde, denen das Geldinteresse, nicht etwa Herzengüte, ihre Meinung vorschreibt. — Weil ich bei der Bezahlung meiner Beiträge die Gewissheit habe, daß damit etwas für unsere Interessen getan werden kann, daß es vielleicht hilft, die Tränen eines hungernden Weibes oder Kindes zu stillen. — Weil ich mich lieber mit der ganzen Horde der rückständigen Gegner überwerfe, als meinen Arbeitsbruder allein zu lassen. — Weil ich nach mehr Brot, nach mehr Leben und für weniger Ausbeutung strebe. Mehr Fleisch und weniger Luxus!

Mehr kleine, nette Wohnungen und weniger Verbrechertum! Mehr Aufklärung und weniger Aberglauben! Mehr Wohlsein und Glück und weniger Hölle und Jammertal! Mehr ehrenhafte Frauen, nett gekleidet und weniger närrische Hlerpuppen! Mehr glückliche Eheleute und weniger schmutzige und betrunzene Männer und Frauen!

### Unsere Erfolge.

Eine immer wieder von den indifferenten Kollegen, bei Berathungen, sie für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen, aufgeworfene Frage ist: „Was bietet mir der Verband?“ Obgleich für jeden Einsichtigen an Hand der vielen Veröffentlichungen in der Presse diese Frage geklärt sein müßte, kommen jene Kollegen doch immer wieder darauf zurück. Von vielen wird diese Fragestellung freilich nur beliebt, um sich der moralischen Verpflichtungen ihren Mitkollegen gegenüber zu entziehen. Diesen dauernd im Hinterhalt Bleibenden sollen unsere Ausführungen weniger treffen, vielmehr diejenigen, welche bisher noch aus Unkenntnis über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Vereinigung den Bestrebungen ihrer Mitkollegen fernstehen.

Der sich unter der gegenwärtigen Signatur immer mehr zuspitzende Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer ist eine unausbleibliche Folge der steten Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Diesen durch die Gesetzgebung zum größten Teil zugunsten der besitzenden Klasse unternommenen Schröpfungungen der wertthätigen Bevölkerung hat die Arbeiterveranlaßt, durch machtbietende Faktoren dem entgegenzutreten. In politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Verbänden hat sich die Bevölkerung Vereinigungen geschaffen, um die Pläne des Kapitals zuschanden zu machen. Inwieweit die politischen und genossenschaftlichen Organisationen diesen Rechnung tragen konnten, müssen wir hier ausschalten. Für uns kommt es darauf an, die Erfolge auf gewerkschaftlichem Gebiete zu kennzeichnen. Und auch hierbei wollen wir nur die wesentlichsten Punkte, die für unsere Kollegen in Betracht kommen, beleuchten.

In Vordergrund tritt bei allen die Arbeiterschaft berührenden Fragen als wesentlichste die

#### Verkürzung der Arbeitszeit.

Jedes Streben nach Besserstellung wird zu einem großen Teil illusorisch, wenn nicht in erster Linie eine Reduzierung der oftmals noch unmeniglich langen Arbeitszeit eintritt. Erst dadurch wird es auch der Arbeiterschaft ermöglicht, zu einem gewissen Teil der Genüsse des Lebens teilhaftig zu werden. Hat nun unsere Organisation diesem in genügender Weise Rechnung tragen können?

Die letzten fünf Jahre mögen uns dafür als Beweis dienen. In diesem Zeitraum ist durch die Organisation für 28 223 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von

10 266 034 Stunden pro Jahr

erklämpft worden. Unstreitig muß damit anerkannt werden, daß hierdurch in nicht geringem Maße ein Aufstieg zu konstatieren ist. Die Reduzierung der Arbeitsdauer stellt sich als Reinertrag dar, weil ausnahmslos trotz Minderung der Arbeitszeit die Lohnhöhe die gleiche geblieben ist, teilweise sogar noch eine Steigerung erfahren hat.

Was hinsichtlich der erwirkten Arbeitszeitverkürzung zu verzeichnen ist, spiegelt sich in gleicher Weise hinsichtlich der Besserung der Löhne der städtischen Arbeiter wider. Die in den letzten Jahren eingetretene Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel zwang uns, mit allem Nachdruck Lohn erhöhungen zu verlangen, und auch hierin haben wir, wenn auch nicht ganz unseren Forderungen entsprechend, so doch in erheblichem Maße den Wünschen unserer Kollegen Rechnung tragen können. Unter Zugrundelegung der letzten 5 Jahre ergibt sich eine Lohn erhöhungs von

8 041 266 Mark pro Jahr,

dessen 106 380 Kollegen teilhaftig wurden. Damit ist sicherlich ein nicht zu unterschätzendes Vortwärtsträngen nach dem uns gesteckten Ziel erfolgt.

Neben diesen beiden Punkten wurde noch für 335 584 Kollegen ein Lohnauszuschlag für Ueberstunden und für 31 677 Personen ein solcher für Sonn- und Festtagsarbeit erlangen, denen sich noch eine Anzahl sonstiger Verbesserungen für circa 130 000 Personen beigesellen.

Diese kurze Darstellung wird auch dem Ueingeweihtesten die Beurteilung von der Notwendigkeit der Organisation ermöglichen und in bejahendem Sinne anerkannt werden.

„Vereint sind auch die Schwachen mächtig!“ Dieses hat sich auch für die städtischen Arbeiter voll und ganz bewahrheitet. Eine nicht unwesentliche Steigerung ihrer Macht und damit auch ihrer Erfolge wird aber eintreten, wenn auch die noch fernstehenden sich den Reihen der Kämpfenden anschließen.

Unsere Darlegungen haben den Beweis für unser Wirken erbracht. Dieses noch zu steigern, liegt in der Hand der städtischen Arbeiter selbst.

## Schutz den arbeitenden Frauen und Kindern!

Die Entwicklung unserer Volkswirtschaft zur modernen kapitalistischen Produktion mit ihren technischen Umwälzungen und ihrer bis ins Kleinste gehenden Arbeitsteilung hat im System der Ausbeutung der Arbeitskräfte im Gefolge gehabt, das eine ungeheure Gefahr für den Volkskörper in sich schließt. Nach der manchesterlichen Lehre von der „Freiheit“ des Arbeitsvertrages zwischen Unternehmer und Arbeiter wird ein rücksichtsloser Aufbau mit der Volkskraft getrieben, der zur Zerstörung der Volksgesundheit führen müßte, wenn nicht Schutzwälle aufgerichtet würden. Die widerwärtigsten Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, welche ihre Interessenten als eine „göttliche“ bezeichnen, liegen zweifellos darin, daß sie vor der schrankenlosen Ausnutzung selbst der Schwächsten nicht Halt macht: der Frauen und Kinder. Die Schriften von Robert Owen und Friedrich Engels haben nachgewiesen, wie revolutionierend dieser Entwicklungsgang wirkt auf das Familienleben der Arbeiterklasse, wie dieses zerfehrt und zerstört wird durch die Einspannung von Mann, Frau und Kind in den Produktionsprozeß. Sie verlangten deshalb, daß hier die Gesetzgebung mit Schutzbestimmungen eingreifen müsse.

Voran ging in dieser Beziehung England, das im Jahre 1802 das erste Arbeiterschutzesetz erließ. Dasselbe war jedoch äußerst dürftig; ließ es doch für Lehrkinder in den Baumwollfabriken eine Arbeitszeit von 12 Stunden zu. Trotzdem ging es den Unternehmern zu weit und wurde infolge der Gegenagitation von jener Seite 1831 wieder aufgehoben. Erst eine erneute Enquete in den Jahren 1832/33 brachte ein verschärftes Schutzgesetz, das eine Maximalarbeitszeit von neun Stunden für alle Kinder bis zu 13 Jahren festlegte.

In Deutschland hinkte man sehr viel später darin nach, obwohl schon 1824 im Bezirk Düsseldorf festgestellt wurde, daß 3300 Kinder im Alter von 6 bis 8 Jahren in der Textilindustrie nicht allein 11 Stunden pro Tag, sondern sogar Nachtschichten arbeiteten. 15 Jahre währte es noch, bis 1839 ein Regulativ erlassen, das aber nur für den Bergbau bestimmt war, für Kinder unter 16 Jahren einen Arbeitslag von höchstens 10 Stunden vorschrieb und die Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren gänzlich verbot. Das Regulativ war jedoch insofern wertlos, als Kontrollbestimmungen darin völlig fehlten; die 1853 erstmals beschlossene Anstellung von Fabrikinspektoren schaffte auch nur wenig Wandel darin.

Erst die Gewerbeordnung von 1860 tat einen, wenn auch zaghaften, Schritt vorwärts und verbot Kinderarbeit bis zum 12. Lebensjahre sowohl als auch die Nachtarbeit Jugendlicher unter 16 Jahren. 1878 wurde eine weitere Regelung der Arbeit von Kindern, Jugendlichen und Frauen vorgenommen, sowie auch die Fabrikinspektion obligatorisch gemacht, bis endlich die Novellen von 1891 und 1908 einige weitere Verbesserungen brachten, die aber wiederum im Werte problematisch sind, da durch Bundesrats-Entscheidungen allerlei dem Unternehmertum günstige Ausnahmen

zugestanden werden können. Als Ergänzungen der Gewerbeordnung sind schließlich noch die Bestimmungen über den Neun- resp. Achtstundenschluß im Handelsgewerbe und das Kinderschutzesetz vom 30. März 1903 zu nennen.

Nach diesen gesetzgeberischen Maßnahmen lassen sich die hauptsächlichsten Gesichtspunkte für den Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern etwa wie folgt zusammenfassen: Das Kinderschutzesetz beschränkt sich auf die Kinder, welche in gewerblichen Betrieben, im Handel und in Gastwirtschaften beschäftigt werden; die in der Hausindustrie, im Kleingewerbe auf Veranlassung der eigenen Eltern tätigen Kinder, wie alle Potendienste (Austragen von Zeitungen, Milch, Badware), auch Kaffeerauslesen, Korbflechten sind einbezogen. Sonntags- und Nachtarbeit ist Kindern unter 13 Jahren, soweit sie noch schulpflichtig sind, vollständig verboten. Die Beschäftigungszeit bei Tage ist im Maximum für eigene Kinder 6 Stunden, für fremde 4 Stunden, darf erst 2 Stunden nach dem Vormittagsunterricht bzw. 1 Stunde nach dem Nachmittagsunterricht beginnen und muß abends 8 Uhr beendet sein. Vor 8 Uhr früh dürfen Anaben und Mädchen auch nicht beschäftigt werden. Alle Kinder, welche in der elterlichen Wohnung für einen fremden Arbeitgeber arbeiten, müssen mindestens 12 Jahre alt sein; ohne polizeiliche Anmeldung und ohne Arbeitskarte darf kein fremdes Kind beschäftigt werden. Unter letztere Bestimmungen fällt auch das Austragen von Zeitungen und Badwaren, sowie die Hilfeleistung dabei.

In Land- und Forstwirtschaft, im Gefinde- und häuslichen Dienst, bei Gartenbau und Fischerei ist Kinderarbeit leider noch ohne Einschränkung zugelassen. Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nicht länger als 10 Stunden täglich, und zwar nur an Wochentagen, beschäftigt werden; Nachtarbeit ist ihnen verboten. Mindestens 2 Stunden Pause müssen gewährt werden. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht überschreiten. Während der Nachtzeiten von 8½ Uhr abends bis 5½ Uhr morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nach 5½ Uhr nachmittags ist die Frauenarbeit untersagt. Wöchnerinnen dürfen während 4 Wochen nach der Niederkunft überhaupt nicht und in den weiteren 2 Wochen nur bei Zustimmung eines Arztes beschäftigt werden.

Sind diese Bestimmungen an sich nur ein dürftiges Quentchen dessen, was verlangt werden muß, so werden sie zumeist stark beeinträchtigt durch die dem Bundesrat eingeräumte Befugnis, Ausnahmen zuzulassen. So sind am 25. November 1909 erst wieder zwei Verordnungen herausgelassen, welche für die Arbeiterinnen in Obst- und Gemüseliefererfabriken und in Betrieben zur Herstellung von Fischkonserven an 60 Tagen im Jahre eine 13 stündige Arbeitszeit zulassen. Derartige Zugeständnisse an die Unternehmer im Interesse erhöhter Ausbeutung weiblicher und jugendlicher Arbeitskraft find in Hülle und Fülle schon zu verzeichnen. Hinzu kommt die unglaublich löge Handhabung der Strafbestimmungen,

## Es will lichter Morgen werden!

Sieh auf, du Sprache, und gehe dorthin,  
Wo der Jammer wohnt,  
Wo das Elend zu Tische sitzt  
Und der Hunger in den Eingeweiden  
wühlt.

Wen du dort finden wirst,  
Mache seinen zerschlagenen Arm stark  
Und seinen stumpfen Blick hell.  
Sah nicht ab von ihm,  
Wenn er sich hinlegt vom Elend  
Und wenn er aufsteht vom Elend.  
Tromme, zische, raune ihm zu:  
Du sollst dich nicht treten lassen,  
Du sollst dich nicht unterdrücken lassen,  
Du sollst dich nicht ausaugen lassen,  
Du sollst den Sklavensinn von dir tun,  
Du sollst die Knechtseligkeit von dir tun,  
Du sollst dich nicht bücken vor einem  
lebendigen Menschen,  
Denn er ist nicht mehr als du.

Wirst du dies befolgen,  
So wird das Elend abfallen von dir,  
Wie ein Reis von der Erde schwindet,  
Wenn das Frühjahr kommt  
Und die Sonne am Himmel prangt.

Denn weil du dich treten läßt,  
Darum heulest du.  
Weil du dich unterdrücken läßt,  
Darum bist du elend.  
Und weil du dich ausaugen läßt,  
Darum mußt du Hunger leiden.

Wer aber seinen Nebenmenschen zwingt,  
Weniger zu wissen, als er selber weiß,  
Der unterdrückt seinen Bruder,  
Der tritt auf ihn und der saugt ihn aus.

Und wer seinen Nebenmenschen zwingt,  
Mehr zu arbeiten, als er selber arbeitet,

Der unterdrückt seinen Bruder,  
Der tritt auf ihn und der saugt ihn aus.

Hab du, Sprache,  
Nimm eine Leuchte in deine Hand  
Und gehe dorthin, wo es finster ist,  
Wo es ganz finster ist,  
Und streck die Leuchte über die dort  
schlummern

Und nichts wissen von sich,  
Bis ihre Wimpern zuden  
Und sie sich hin und wieder wälzen.  
Und rufe laut, daß es hell  
Von Hügel zu Hügel,  
Von Tal zu Tal:

Wacht auf, wacht auf!  
Ihr habt viele Jahre geschlafen,  
Viel zu lange schon. Wacht auf, seht,  
Es will lichter Morgen werden!

Georg Büchner

welche für Übertretungen der Schutzvorschriften geschaffen und an sich schon mehr als bescheiden sind. In nicht weniger als 22 100 Fällen konnten im Jahre 1907 in 15 755 Betrieben Jugend- schutzvergehen festgestellt werden; bestraft wurden hierfür nur 1837 Personen oder ganze 11,6 Proz. Arbeiterinnenschutzvergehen waren 3007 Fälle in 7391 Betrieben zu verzeichnen; nur 11,7 Proz. wurden davon durch Bestrafung gesüht. Die Strafen sind all- gemein so niedrig, daß sie nicht etwa bessernd wirken, sondern gradezu zu weiteren Übertretungen den Anreiz geben. Dafür mag als Beweis die nachstehende Aeußerung des Hildesheimer Gewerbeinspektors aus dem Bericht 1907 dienen:

„Ein großer Teil der Zuwiderhandlungen ist, wie im Vor- jahre, auf Gleichgültigkeit der Unternehmer gegen die gesetz- lichen Bestimmungen zurückzuführen. Die geringfügigen ge- richtlichen Strafen sind auf die Gleichgültigkeit offenbar ohne Einfluß gewesen. Wegen unzulässiger Beschäftigung eines jugend- lichen Arbeiters mit dem Transport von Ziegelsteinen wurde ein Ziegleibehälter vom Schöffengericht mit 5 M. und wegen unter- lassener Eintragung des Eintrittsvermerks in das Arbeitsbuch mit 8 M. bestraft. Die Strafe für das Vergehen muß um so niedriger erscheinen, als der Unternehmer erst im Vorjahre wegen zu langer Beschäftigung eines jugendlichen Arbeiters von demselben Schöffen- gericht mit 10 M. bestraft worden war.“

Diese mangelhafte Durchführung des Arbeiterschutzes ist in erster Linie eine Schuld der Regierung, die in jeder Beziehung den Wünschen des kapitalistischen Scharfmachertums entgegen- kommt und sich als dessen Handlanger fühlt. Bezeichnend ist in dieser Beziehung die neue Ausführungsanweisung für die Gewerbe- ordnung vom 25. November 1908, die unmittelbar nach einem gegen die alten Ausführungsbestimmungen gerichteten Artikel in dem Unternehmerorgan „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ herauskam und die in der letzteren geforderten Verschlechterungen tatsächlich berück- sichtigte. Daß eine solche reaktionäre Regierung auch sonst alles tut, um ja nicht bei den großkapitalistischen Machthabern anzu- stoßen, liegt auf der Hand. Das zeigt die Vernachlässigung und Beschränkung der Gewerbeaufsicht. In ganz Deutschland waren im Jahre 1907 nur 447 Aufsichtsbeamte angestellt, davon entfielen 268 auf Preußen. Von den für den Frauen- und Kinderschutz so notwendigen weiblichen Beamten gab es im ganzen nur 21. Natürlich leidet in diesem Punkt — wie in allem — Preußen das meiste an Minderständigkeit; es hat in Berlin 3 und in R.-Glabdack 1, in Summa also sage und schreibe 4 Inspektionsgehilfinnen. Nicht weniger als 17 preußische Aufsichtsbezirke mit je 10 000 bis 42 000 Arbeiterinnen haben überhaupt keinen weiblichen Aufsichtsbeamten.

## Der 1. Mai.

Von Wilhelm Liebknecht.\*

Der Freitag weckt Maigedanken. Und der Gedanke des Mai — das ist der Gedanke des quellenden, drängenden Lebens, das, jeden Widerstand überwindend, mit unwiderstehlicher Gewalt sich zur Geltung bringt. Die Naturkraft, welche die Fesseln des Winters abstreift und deren Triumph schon viele Jahrtausende, bevor es einen Maimonat gab, um diese Zeit gefeiert ward, ist uns das Symbol der allseitigen Kraft des Sozialismus, der die Menschheit von den goldenen und eisernen Fesseln des Kapitals befreit und der verklümmerten Welt frisches, gesundes Leben ein- gießt, sie erlöst und verjüngt. Das Maifest der Natur ist so zum Maifest der Menschheit geworden. Und so wenig der Winter, und sei er auch noch so streng und hart, auf die Dauer den Sieg des Frühlings verhindern kann, so wenig vermag der grimmigste, grausamste und pfliffigste Tyrann auf die Dauer den Sieg des Sozialismus zu verhindern.

Jetzt wieder haben die Feinde des menschlichen Fortschritts und der Gerechtigkeit sich zusammengenagt, um den Sozialismus zu fangen und zu erwürgen. Mitleidig lächelnd halten wir vor sie den Spiegel, der ihnen ihre Taten und ihr wahres Gesicht zeigt, und darum versteinert auf sie wirkt wie das Haupt der Medusa! Und wir rufen ihnen zu:

Schaut zurück in die Vergangenheit und ihr seht eure Zukunft  
Schaut nur hundert Jahre zurück — ein Augenblick im Leben der Völker. Schaut zurück! Die Bastille ist gestürzt — Freiheit — Gleichheit! ertönt der Schlachtruf des dritten Standes. Der

\*) Vor vielen Jahren hat der alte Liebknecht, der große Führer der Arbeiterklasse aller Länder, diese packende und treffende kleine Gedächtnisstudie geschrieben. Sie zeugt von der Liebesthätigkeit des Sozialismus und wirkt auch heute noch frisch und lebendig, wo unser großer Vorkämpfer fast zehn volle Jahre unter der Erde ruht.

Wie man sieht, ist auch beim Arbeiterinnen- und Kinderschutz das verunkerte Preußen das hemmende Element. Das ist um so schlimmer, als die Ausbeutung der Frauen und Kinder immer mehr zunimmt, wie die Statistik lehrt. Bei den unter die Schutz- bestimmungen fallenden erwachsenen Arbeitern war von 1906 auf 1907 eine Zunahme von 3,8 Proz. zu verzeichnen; diese Ziffer stellte sich bei Frauen und Jugendlichen bedeutend höher:

	1906	1907	Zunahme
Arbeiterinnen über 16 Jahre .	1 005 890	1 145 595	4,1 Proz.
Jugendliche von 14—16 Jahren	418 654	436 182	5,4 „
Kinder unter 14 Jahren . . .	10 847	19 054	2 „

Aus all dem Vorhergesagten erhellt, wie strupplos das an der modernen Produktionsweise interessierte Großkapital alles, aber auch alles in seinen Dienst zwingt. Schon im frühesten, zarten Kindesalter beginnt der Frondienst und er umschließt mit seinen Fingern neben den Kindern auch die Mütter. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, wo in Wirklichkeit die Zerstörer der Familie zu suchen sind, als welche die aufgeliarte und sozialistisch denkende Arbeiterschaft verkleumertweise immer hingestellt wird. Das Gegenteil ist richtig! Gerade die Arbeiter sind es, die im politischen Kampfe dauernd um die Verbesserung und Verschärfung der Schutzbestimmungen für die arbeitenden Frauen und für un- bedingtes Verbot aller Kinderarbeit ringen. Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sind es, welche in den überall gebildeten Kinder- schutzkommissionen positive Tätigkeit entfalten, um — nicht selten gegen die eigenen Klassenossen — die Durchführung der be- stehenden geringen Schutzbestimmungen für die Kinder zu fördern.

Und die organisierte Arbeiterschaft ist es, die auch diesmal bei der Maifeier wieder das Gelübde ablegt, mit aller Kraft am Befreiungswerke aus dem kapitalistischen Joch zu arbeiten, aber auch dahin zu wirken, daß die Kämpferschar neuen, starken Ach- wuchs erhält. Dieser wird aus der Jugend erfließen. Ihren Werdegang zu schützen, sie gesund zu erhalten, ist deshalb eine der vornehmsten Aufgaben; darum:

Schutz den Frauen! Schutz den Müttern!  
Schutz den Kindern!

Wohl machen die Verhältnisse den Menschen, aber der Mensch macht auch die Verhältnisse. Wenn wir sagen: Der Mensch kann den Gang der Entwicklung nicht willkürlich ändern, so heißt das nicht, daß er die Hände in den Schoß legen und im fatalistischen Köhlerglauben warten soll, bis ihm der „Segen von oben kommt“. Wilhelm Liebknecht.

berauschende Freiheitstrank verleiht Riesenstärke — die Starlen beginnen miteinander zu ringen, und die Stärksten erheben, im freien Spiel der Kräfte, sich über die anderen. Die Freiheit war die Freiheit des freien Wettbewerbes, der nur die letzte gesellschaft- liche Form ist des tierischen Kampfes ums Dasein.

Und die Priester und Vorkämpfer der Freiheit gründeten an Stelle des gestürzten Feudalismus, an Stelle des Geburtsadels den Feudalismus des Kapitals. Doch die Gleichheit hatte sich einen Platz erobert in den Herzen der Armen und Elenden, deren Armut und Elend durch die „Freiheit“ noch vermehrt wurde. Ein Mutiger entrollte das Banner der Gleichheit — Babeuf. Er erlag und am 27. Mai 1797 fiel sein Haupt im Namen der Freiheit.

Das war der Anfang der sozialistischen Bewegung. Es sind nur einzelne. Die Menge hat noch nicht das Verständnis. Doch „die dünne rote Linie“ wird dicker und dicker. Babeuf folgen die Robert Owen, St. Simon, Eppantini, Fourier, Cabet — die Massen fangen an, sich um die Vereinzelteten zu scharen.

Im Juli 1830 erhebt Frankreich sich nochmals im Namen der Freiheit, macht der Bourbonenwirtschaft ein Ende und gründet das Bürgerkönigtum. Der „dritte Stand“ — Bürger und Arbeiter — sochten Schulter an Schulter, wie beim Bastillesturm.

Die Zahl derer, die begriffen, daß Freiheit ohne Gleichheit nur Unfreiheit und Knechtschaft bedeutet für die Mehrheit der Menschen, schwoll und schwoll an, je schärfer der Kapitalismus die Schraube der Ausbeutung anzog, und je schreier der die Ungleichheit der Frei- heit ward.

Die dünne rote Linie breitet sich immer mehr aus, sie wird zu einer voranmarschierenden Heersäule. Der Sozialismus gewinnt nach und nach das Proletariat als Klasse. Louis Blanc kennt den Klassenkampf noch nicht — er kennt nur den Gegensatz „von Be- wegung und Volk“. Die Barrikaden der Februarrevolution — 1848 — werden von Bürgern und Arbeitern einträchtig gebaut und Schulter an Schulter verteidigt.

## Verkürzung der Arbeitszeit und die Gemeindearbeiter.

Der Mensch ist frei, es hat die Natur  
Ihn nicht geboren zum Anecht . . .  
Heinrich Heine.

**S**ung Siegfried badete sich in dem Blute eines erlegten Drachen, und seine Haut wurde hart wie Horn. Daher ward ihm der Name: der gehörnte Siegfried. Fortan galt er als unüberwundbar. So gepanzert erscheint auch heute der Kapitalismus. Der saure Schweiß der Arbeiter ist es, der, in blinkendes Gold umgemünzt, dem Arbeitgeber ein so gewaltiges Uebergewicht verleiht. Aber Siegfried war ein Lindenblatt am Körper haften geblieben, so daß diese Stelle nicht mit dem Blute des Drachen getränkt wurde. Das war seine verwundbare Stelle, dort traf ihn auch der tödliche Speer. —

Auch der stets nach neuem Gewinn lechzende Kapitalismus hat eine solch verwundbare Stelle; sie ist der kämpfenden Proletariatsklasse wohl bekannt. Und im übermächtigen Ringen sucht der Kapitalismus diese für sein Leben, für seine Parasitenexistenz gefährliche Stelle gegen die anstürmenden Arbeiterkolonnen zu schirmen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist es, gegen die sich die Stadtverwaltungen nicht minder wie die privaten Arbeitgeber mit aller Kraft wehren. Jawohl: Mensch sein, sich selbst auch einige Stunden des Tages gehören, darum tobt der Kampf der Arbeiter.

Heute schafft der Arbeiter für den Unternehmer; er schläft für den Unternehmer damit dieser den kommenden Tag aus dem geträugelten Arbeiter neuen Gewinn ziehen kann; er zeugt Nachkommen und zieht sie groß, damit es kommenden Unternehmergenerationen nicht an Proletariern mangelt; er hungert und ist arbeitslos für den Unternehmer damit es diesem gelingt, durch das Ueberangebot von Arbeitskräften die Ansprüche der Arbeiter niederzuschlagen. Die Trennung von den Produktionsmitteln hat den Arbeiter zum Abhängigsten aller Wesen gemacht. Und so ist es verständlich, wenn am 1. Mai der millionenfache Ruf der Proletarier nach Freiheit ertönt, darin insbesondere die Forderung des Achtstundentages hervortritt.

Die Arbeitgeber von heute wissen, daß der Arbeiter nur solange ein geduldiges Ausbeutungsobjekt darstellt, als er stumpfsinnig, müde und abgeradert abends seine Lagerstätte aufsucht. Sie wissen: Hat der Arbeiter erst einmal Zeit, auch seine geistigen Bedürfnisse zu befriedigen, Zeit, um sich in den wirtschaftlichen Vorgängen zu informieren, sich zu schulen und weiterzubilden, dann ist es zu Ende mit der bisherigen Arbeitgeberherrlichkeit. Und darum ist es be-

greiflich, wenn heute die Arbeitgeber noch eher eine Lohnerhöhung als eine Verkürzung der Arbeitszeit zugestehen wollen.

In gemeindlichen und staatlichen Betrieben liegen die Verhältnisse nicht günstiger. Sie bilden die Widerspiegelung der Kämpfe in der Privatindustrie. Sind es doch die typischsten Vertreter des Geldsades, die meist von den Bürgerlichen auf die Platze gehoben werden. Und damit schlechte Beispiele nicht etwa gute Sitten verderben, wird von den solchermaßen Erlornen alles vermieden, was auch nur entfernt danach aussieht, den privaten Unternehmern als Vorbild zu dienen oder gar — schredlich, dies auch nur zu denken — den Privatarbeiter verweisend auf die städtischen Betriebe zu Forderungen zu animieren.

Deshalb so leicht auch keine Verkürzung der Arbeitszeit bei den Gemeindearbeitern. Wo eine solche wirklich zu verzeichnen ist, mußte sie den Bürgerlichen-Magabürgerlichen durch die vereinten Kräfte unserer Organisation und der sozialdemokratischen Vertreter in den städtischen Kollegien mühsam abgerungen werden. Wie schwer war es, wenigstens in den Gasbetrieben die Achtstundenschicht größtenteils durchzusetzen. Nicht die soziale Einsicht der Stadtverwaltungen, sondern die steigende Erbitterung und organisatorische Schulung der Arbeiter, und letzten Endes die Schaffung eines speziellen Kampffonds waren es, welche die zähneknirschenden Stadtverwaltungen zu diesem Zugeständnis zwangen. Manches trotzige aufgestellte „Niemals“ ist hier elendiglich in sich selbst zusammengefallen.

Aber nicht adsten wir der geführten Kämpfe und der empfangenen Wunden. Nicht rückwärts, sondern mutig vorwärts ist unser Blick gerichtet. Es gilt, in wohl allen städtischen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Nicht nur aus dem Grunde allein, weil auch wir Gemeindearbeiter Menschen sein wollen. Auch deshalb, weil das von Jahr zu Jahr mörderischer werdende Arbeitstempo mehr und mehr an unserer Gesundheit nagt, wofür gerade die Statistik schlagende Beweise liefert. Ein Heer von Aufsehern sorgt dafür, daß kein Arbeiter rücken sich gerade strecke. Das doppelte und dreifache Arbeitspensum wird heute aus dem Arbeiter herausgepreßt. Frühzeitiges Alter ist die Folge hiervon; der Arbeiter ist abgetan, ein neues Ausbeutungsobjekt tritt an seine Stelle. Der technische Fortschritt — so recht zu beobachten bei den Gaswerken — tut ein übriges, und so stehen Tausende und Tausende von Arbeitern arbeitslos auf der Straße, deren Familien zu Hause hungern, während andere in fortwährender Ueberanstrengung nicht die Zeit finden, ihrem Körper die nötige Erholung zu gönnen.

Es war das letztemal.

Der Sozialismus war aus einer Sekte zur Partei geworden — er träumte nicht mehr, er forderte. Die legenden Proletarier des Februars verlangen das Recht der Arbeit. Und nun scheiden sich die Geister. Im Juni 1848 loderte der Klassenkampf in der fünfjährigen Junischlacht auf.

Das war die Trennung für immer. Der Sozialismus hatte sich losgelöst von den schimmernden Nebelgebilden bürgerlicher Philanthropie. Für die beiden Klassen war das der Ausgangspunkt zu einer neuen Politik; das Bürgertum wirft alle seine Ideale beiseite und huldigt nur noch der kräftesten Interessenspolitik, die zur Säbelherrschaft und Barbarei führt. Das Proletariat nimmt die Fahne der bürgerlichen Freiheit auf und wird Vorkämpfer der Menschenrechte.

Hier Kapitalismus — hier Sozialismus, heißt hierfür das Feldgeschrei. Die Fahne des kommunistischen Manifestes ist entrollt.

Die Bourgeoisie will den Sozialismus im Blute erstickt. Proletarier-Helatomben werden geschlachtet nach der Junischlacht. Vergebens! Die Armee des Sozialismus wird größer und größer und spottet jeglichen Widerstandes. Die Enkel der Danton und Robespierre flüchten sich unter das Szepter eines brutalen Abenteuerers — Napoleon des Kleinen. Hilft nichts — die Armee des Sozialismus wächst und wächst. Das soziale Kaisertum wird proklamiert mit den „Napoleonischen Ideen“. Hilft nichts. Das Proletariat lacht. In Deutschland, der Heimat Lassalles und dem Geburtsland von Marx und Engels, die dem Sozialismus das wissenschaftliche Fundament bauten und den Arbeitern der Welt das Wort des Heils zuriefen: Proletarier aller Länder vereinigt euch! — in Deutschland hält der Sozialismus reichliche Ernte, und das entsetzte Bürgertum sucht sich in Bismarck seinen Napoleon. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Bismarck ähnt sein Vorbild nach bis in die kleinsten Einzelheiten. Die Demagogie des allgemeinen Wahlrechts, das soziale Kaisertum ins soziale Königtum

übersetzt, die Napoleonischen Ideen als Hohenzollernsche Ideen aufgepust — nichts fehlt.

Alles umsonst — der Sozialismus wächst, wächst.

Napoleon der Kleine versinkt in dem blutigen Schmutz von Sedan. Die Tragödie der Kommune spielt sich ab. Wieder Proletarier-Helatomben — mehr noch als im Juni 1848. Umsonst. Ueberall schießt der Sozialismus aus dem blutgedüngten Boden empor; und je brutaler der zerstampende Fußtritt des Kapitalismus, desto üppiger die Saat.

Vor Angst halb wahnsinnig proklamiert die Bourgeoisie das anarchistische Schredensregiment, schafft Rnebelgesetze. Hilft nichts. Die sozialistische Armee wird stärker und stärker, von allen Seiten strömen die Opfer des Kapitalismus ihr zu.

So ist der Sozialismus heute der Träger der Kultur, Kunst und Wissenschaft.

Schau zurück — ihr Feinde — und ihr Genossen! Die Vergangenheit zeigt uns die Zukunft. Immer roher und schwächer das Heer der Mammonsdienner. Immer stolzer und stärker das Heer der Sozialisten, welche die Freiheit wollen und die Gleichheit. Und immer näher kommen wir dem Ziel. Noch sind harte Kämpfe zu bestehen. Allein der Sieg wächst uns zu — ist und nicht mehr zu entreißen. Und die wir die Junischlacht und das Kommunegemezel und die tausendfachen Verfolgungen hinter uns haben — wir spotten der Drohungen und Gefahren. Wir wissen, daß wir spielend Herr werden der Hindernisse, welche die Ratlosigkeit unserer Gegner uns noch in den Weg werfen kann. Wir wissen, daß uns die Zukunft gehört. Und unsere Feinde wissen es. Sie haben den Glauben an sich verloren.

Die internationale Heerschau, die wir am 1. Mai abhalten, ist uns kein leeres Schaugepränge — sie ist uns das Vorspiel der kommenden entscheidenden Kämpfe.

Und wo früher ein Duzend von Arbeitern selbst die Arbeit verrichtete, da bestimmt heute der Gang einer Maschine die Schnelligkeit der Bewegungen des Arbeiters. Der Mensch ist der Sklave der Maschine geworden, die in ihrem ewigen, gleichmäßigen Gang langsam aber sicher dessen Nerven aufreibt. Nicht sind wir so unverständlich, die Arbeit sparende Maschine zerschlagen zu wollen; nein, aber in dem Dienste der Arbeiterschaft soll die Maschine die große Verkürzung der Arbeitszeit ermöglichen und trotzdem allen Arbeitern Brot und Verdienst sichern. Und weil wir diese technische Entwicklung weder hemmen wollen noch können, so gilt es gerade auch bei den Gemeindefunktionären, nicht nur allein für Lohnerhöhungen, sondern mit noch viel mehr Energie für die Verkürzung der Arbeitszeit zu wirken. Müssen wir doch sehen, daß die Stadtverwaltungen gerade diesen Bestrebungen den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen. Nirgends will man so recht auf diesem Gebiete vorangehen.

Liegt nicht gerade auch darin für die Gemeindefunktionäre die ernsteste Mahnung, sich noch mehr als bisher zusammenzuscharen, um so Schanze um Schanze zu stürmen und auch dem städtischen Arbeiter einige Freiheit zu gewinnen. Mit neuem Mut und neuer Kraft wollen auch wir Gemeindefunktionäre uns die Verkürzung der Arbeitszeit erringen. Und wenn am 1. Mai — am Tage der Völkerverbrüderung — der Ruf nach dem Achtstundentag erklingt, dann auch, Ihr Gemeindefunktionäre, möge neuer Kampfesmut Eure Brust erfüllen. Unentwegt dem Feind entgegen.

Zu herrliche Feier, o erster Mai,  
Geburtstag der Völkerverbrüderung!  
Zu erster, gewaltiger Jubelschrei  
Nach endloser Knechtschaftsgewöhnung:  
O Tag der Erkenntnis, daß unentwegt  
Der Freiheit Geist unser Banner trägt  
Im Kampfe gegen die Lohnsklaverei,  
Gepriesen seist du, o Festtag im Mai!  
J. Sebald.

## Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Seit vielen Jahren schon dient dieser Aufruf des wissenschaftlichen Begründers des Sozialismus, unseres Karl Marx, als Devise der modernen Arbeiterbewegung. Nach und nach hat sie auch greifbarere Gestalt erhalten. Vielfach wird die Bedeutung dieses Sinnpruches leider noch nicht genügend gewürdigt. Liegt doch in ihm nicht bloß der Ruf nach Einigkeit, sondern auch die Aufforderung zur Verbindung der Arbeiter aller Nationen.

Die Verwirklichung solchen Gedankens ist aber den Widersachern der Klassenbewußten Arbeiterschaft ein Dorn im Auge. Sie wissen, daß die Einigkeit der Arbeiter aller Länder ihnen Gefahr für die Erhaltung ihrer Privilegien bringt. Deshalb zerkert man wo man nur kann gegen die Internationale der modernen Arbeiterbewegung. Für das Unternehmertum in jeder Gestalt dreht es sich hier allerdings weniger um die Art des Zusammenschlusses der Arbeiter, sondern mehr um die immer größer werdende Einigkeit der Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen und ihren dadurch bedingten Einfluß. Daß durch die internationale Verbindung der Arbeiter deren Einnahme auf die Verhältnisse wächst, haben die Vertreter der Kapitalisten längst begriffen. Je größer aber die Macht des Gegners, desto mehr hat man ihn zu fürchten. Deshalb wettern die Geldproben und ihre Handlanger gegen jede Erweiterung des Einflusses der Arbeiter auf die Gestaltung der heutigen Zustände.

Der Zug nach internationaler Regelung der menschlichen Tätigkeit in allen ihren Zweigen läßt sich dadurch jedoch nicht aufhalten. Mehr denn je sehen wir zurzeit diese Bestrebungen sich mehren. Besonders auf den Gebieten des wirtschaftlichen Lebens macht sich der Internationalismus stark bemerkbar. Unser Verkehrsweesen zu Wasser und zu Lande ist international. Hierfür bestehen ebenso wie zur Festlegung der Maße und Gewichte, den Gebrauch der Telegraphie usw. internationale Bestimmungen. Auch haben wir internationale Kommissionen zur Unterdrückung des Sklavenhandels, zur Förderung der Erdmessung, für den Austausch offizieller Veröffentlichungen, zur Wahrung der Eigentumsrechte und dergleichen. Es erfolgen internationale Verständigungen über die Bevölkerungszahlen, Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle, Ein- und Auswanderung, Erwerbstätigkeit, wichtige Todesursachen der Bevölkerung, Arbeitnehmerorganisationen, Lohnbewegungen und Streiks, Bodenbenutzung, Bodenerzeugnisse und Viehstand, Kohlen und Metallgewinnung, Aktiengesellschaften, Handel, Bankwesen, Ausprägung von Münzen, Umlauf von Rassen-

scheinen sowie ähnliche Dinge. Die Posttarife werden durch internationale Verträge geregelt. Auf allen Gebieten der Wissenschaft werden Erfahrungen ausgetauscht und international vorgegangen. Für bestimmte Zwecke finden Konferenzen und Kongresse der beteiligten Staaten statt. Zur Schlichtung von Differenzen zwischen den einzelnen Ländern bestehen internationale Schiedsgerichte. Ferner gibt es internationale Gesellschaften der verschiedensten Art, so für Wohnungsweesen, Arbeiterschutz, Gesundheitspflege und andere Sachen mehr. Auf Weltausstellungen messen sich die einzelnen Länder hinsichtlich ihrer Leistungen und Arbeiten. Selbst für Spezialgebiete werden internationale Ausstellungen veranstaltet. Besonders wichtig für uns ist da die jetzt abgehaltene internationale Ausstellung für Städtebau. Alle denkbaren Interessenvertretungen treten international auf den Plan. Auch die Arbeitgeber finden sich international zusammen und streben nach Schaffung einer internationalen Organisation und internationaler Streikversicherung. Beim vorjährigen großen Kampfe in Schweden haben sie sich in kräftigster Weise unterstützt.

Kurzum, man will weiteren Ausbau, internationale Verbindung, internationales Leben. Ueber den Interessen der Staaten und Nationen stehen eben die der gesamten Menschheit. Leider findet dieses Leitmotiv heute nur herzlich wenig Berücksichtigung. Die Einzelinteressen werden von den verschiedenen Körperschaften allzu stark in den Vordergrund gehoben. Wenn der Mensch auch höheren Zwecken dienen, dem Wohlergehen der Gesamtheit sich dienstbar machen und hierfür streben soll, so zeigt doch die Praxis ein ganz anderes Bild. Seitens der Besitzenden wird die schrankenlose und willkürliche Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft noch im größten Maße betrieben. Das Proletariat, die Ausgebeuteten hingegen kämpfen für bessere Existenzbedingungen. In diesem Vorgehen sind sie zu meist auf sich selbst angewiesen. Sie haben sich gewerkschaftliche Organisationen geschaffen, mit deren Hilfe sie versuchen, ein menschenwürdiges Dasein zu erringen. Diese Vereinigungen haben gleichfalls Anschluß bei ihren Brüdern des Auslandes gesucht und gefunden. Die Verbände sowohl wie die Landeszentralen sind international verbunden. Ihren Wert hat man in so manchen Lohnkampfe, bei dem Arbeitswillige aus anderen Ländern herangezogen wurden, erkennen gelernt. Unser Streben richtet sich deshalb auf Ausgestaltung der internationalen Verbindungen, auf die weitere Vereinigung der Arbeiter aller Länder.

Die gewerkschaftliche Internationale umfaßt heute 20 Landeszentralen, und zwar Belgien, Bosnien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Italien, Kroatien, Niederlande, Nordamerika, Norwegen, Oesterreich, Rumänien, Schweden, die Schweiz, Serbien, Spanien und Ungarn. Außer den international verbundenen Landeszentralen der modernen Gewerkschaftsbewegung bestehen noch für die einzelnen Branchen 28 internationale Sekretariate, sie bilden also einen internationalen Zusammenschluß der Berufs- resp. Betriebsorganisationen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist zirka 8 000 000, den einzelnen Landeszentralen sind jedoch nur rund 5 000 000 Mitglieder angeschlossen. Eine Anzahl gewerkschaftlicher Organisationen segeln noch in anderem Fahrwasser, sie gehören nicht zur freien Gewerkschaftsrichtung. Durch den Zugang von Nordamerika hat das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften eine bedeutende Stärkung erfahren.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter sind zurzeit leider noch nicht so weit international vereinigt, wie das erforderlich wäre. Unserem Sekretariat gehören heute an: die Verbände der Gemeinde- und Staatsarbeiter von Böhmen, Holland, Luxemburg, der Schweiz, Schweden, Deutschland, sowie ferner die Kommunalarbeiter Dänemarks und die Beleuchtungsarbeiter vom gleichen Lande. Belgien, England, Frankreich, Italien, Nordamerika und Rußland, wo gleichfalls separate Organisationen bestehen, sind uns noch nicht angegliedert. Den Wert des Marx'schen Sinnpruches hat man da, wie es scheint, noch nicht in gebührender Weise erfaßt. Nach und nach wird es jedoch auch hier noch vorwärts gehen. Je weiter unter den Gemeinde- und Staatsarbeitern die Erkenntnis über ihre Klassenlage sich Geltung verschafft, desto mehr werden sie auch die Notwendigkeit der Organisation und der internationalen Zusammengehörigkeit begreifen und verwirklichen.

Möge, auch alle Erwartungen, die auf die Tätigkeit der Arbeiterbewegung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht gesetzt werden, sich noch nicht von heute auf morgen durchführen lassen, eins aber steht fest, es geht vorwärts. Unser Streben nach Hebung des Niveaus der Arbeiterschaft in materieller und geistiger



Beziehung wird und muß zum Siege führen, zum Nutzen der Nation und der gesamten Menschheit. Allerdings wiegen wir uns nicht in dem Gedanken, daß das aus sich selbst herauskommen kann, sondern dazu bedarf es unserer ganzen und tatkräftigsten Mitarbeit. Wollen wir die internationale Arbeiter- und mit ihr auch die internationale Völkerverbrüderung zur Wahrheit werden lassen, dann muß jeder Kollege seinen Teil dazu beitragen und seine volle Pflicht erfüllen. Aufklärung und Bildung der Massen sollen uns bei dieser Arbeit die Wege ebnen, größere Streitercharen heranziehen, um die Einigkeit unter der Arbeiterschaft zu fördern.

Darum, Kollegen und Kolleginnen, erstrebt die Vereinigung der arbeitenden Bevölkerung aller Nationen, dann werden wir unser Ziel mit Sicherheit, wenn auch nur Schritt für Schritt, erreichen.

A. M.

### Erfüllung.

**W**ie wir vor zwei Jahrzehnten in Sturm und Drang zum ersten Male das Kaiserfest der Arbeit begingen, schwellten Lühne Hoffnungen unsere Brust. Wir schmiedeten gigantische Pläne, denn wie frühere Welteroberer wollten auch wir die Welt erobern, nur in anderem, besserem Sinne. . . Dann kamen gewaltige Kämpfe und Zusammenstöße immer neue, kaum zu übermächtigende Hindernisse vor uns hinzutürmen. In weltweiter Kerne nur schienen zeitweilig unsere Ideale noch zu strahlen: Achtstundentag, internationale Verbrüderung und Völkerverbrüderung des Weltfriedens durch das international organisierte Proletariat. . .

Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands hat in diesen zwei Jahrzehnten eine gewaltige Arbeit geleistet. Unablässige unermüdete Kleinarbeit tausender und zehntausender und hunderttausender Genossen vollendeten die Pläne unserer Organisatoren, Pläne, welche den großen Pionieren unserer Bewegung vor mehr als vier Jahrzehnten bereits vorschwebten. Am Weltfeiertag der Arbeit lieben es die mammonscharrenden Philister unserer zu hassen. Mögen sie. Wir sehen unsere Hoffnungen ihrer Erfüllung entgegenreizen. Die erste Vorbedingung steht greifbar vor uns: Kraftvolle und machtvolle Organisationen der Arbeit. Zwar sind sie noch nicht kräftig und mächtig genug, aber wir wissen: wir wachsen mit dem modernen Kapitalismus. Wir holtten Schritt. Der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, daß sich die dritte Million Kämpfer um unsere Fahnen schart. Unsere Fonds zählen dann ebenfalls nach Hunderten von Millionen. Wir werden alsdann auch dem vertrusteten und isolierten Kapital gegenüber sehr stark sein. Die jetzt sich vor unseren Augen abspielenden Kämpfe im Langgewerbe bieten schon einen gewissen Maßstab für unsere künftige Stärke. Die Arbeiter der schweren Industrie und der großen Staatsbetriebe werden von unseren Organisationen gleich gewaltigen Magneten angezogen. Die organisierte Arbeiterschaft beeinflusst jetzt schon ganz beträchtlich das öffentliche Leben. Das merkt man in den Parlamenten des Reichs, der Einzelstaaten, der Städte und Gemeinden. Man merkt es auch im Neukern der Städte. Unsere Gewerkschaftshäuser, unsere Jugendgebäude, unsere Genossenschafts-Stadtviertel zeigen das alles ganz deutlich. . . Auch die internationalen Friedensbestrebungen haben bedeutend gewonnen und ohne Ueberhebung dürfen wir heute schon sagen: Das international organisierte Proletariat ist ihr kräftigster Träger. Die hohe Politik wird zwar noch nicht in der „Hosenheide“ gemacht, aber der Einfluß der Hosenheide ist zu merken!

Alle wichtigen, wenigstens für uns wichtigen Fragen, wie Achtstundentag, Wahlrechtsfragen und größerer Arbeiterschutz lernen wir ruhiger behandeln. Wir sehen, daß uns unseren Zielen näher kommen. Schwierigkeiten in der Lohnfrage werden gelöst und der Ausbeutung, die uns als Konsumenten widersährt, werden wir zu begegnen wissen. Die Arbeitszeit wird verkürzt. Dem Achtstundentag in den Schichtbetrieben wird allgemein der Neunstundentag in anderen Betrieben folgen. Auch die Stadtgemeinden, deren Leitung noch jetzt an dem überlebten Zehnstundenprinzip zähe festhält, werden kapitulieren. Die Jahresarbeitszeit erfährt weitere Verkürzung durch ausgedehntere Ferien für Arbeiter (bis zu 14 Tagen) und Einschließung des 12 Uhr Mittagschlusses an Sonnabenden. Rücklich werden uns Kämpfe nicht erspart bleiben. Kämpfe, die die Grundfesten unserer Gesellschaft erschüttern. Darum müssen wir stark sein. Unsere Organisationen müssen allen Stürmen trotzen, und sie werden dann gleich Felsgeräten in eine ferne glücklichere Zukunft hineinragen. Jeder muß sein Teil hierzu beitragen — sonst gibt es keine Erfüllung.

Heinrich Bürger.

### Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins!

**D**ieser Ausspruch Bömelburgs, Vorsitzender des Maurerverbandes, auf den Gewerkschaftskongressen in Stuttgart 1902 und Köln 1905 ist von selten unserer Gegner sehr viel gebraucht und noch mehr mißbraucht worden. Man machte sich die Sache bequem: der christliche oder Hirsch-Dundersche Agitator hielt sich bei Auslegung des Ausspruches an den bloßen Worten und „bewies“ damit, daß beide, freie Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei ein und dasselbe sind. Einige von ihnen, die über das geistige Mittelmaß ihres Milieus hinausragen, haben den tiefen Sinn der Bömelburgschen Worte wohl erfährt, hüten sich aber, ihre eigene Erkenntnis ihrer Umwelt zu suggerieren; im Gegenteil, ihre Tagesbedürfnisse als Arbeiterzerpflitterer erheischt die Frustrifizierung eines möglichst großen Maßes selbst bewahrter Unwahrscheinlichkeit.

Wie steht es eigentlich mit der Einheit von Partei und Gewerkschaft?

Jedermann weiß, daß die freien Gewerkschaften Deutschlands selbständige und unabhängige Gebilde darstellen. Sie sind in ihrer Betätigung nicht gebunden an den Willen und die Interessen einer politischen Partei; schon deshalb nicht, da ihre Mission geschichtlich festgelegt ist. Weiter ist und nicht zuletzt auch unseren Gegnern bekannt, daß die freien Gewerkschaften bestrebt sind, alle Arbeiter ohne Rücksicht auf deren politische und religiöse Glaubensbekenntnisse organisatorisch zu erfassen, nach dieser Richtung hin also strenge Neutralität üben. Und doch: Partei und Gewerkschaft sind eins! Es obwaltet also hier ein Widerspruch, der aus dem Wege geräumt werden muß.

Nicht zu bestreiten ist, daß die Mehrheit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter sozialdemokratisch gesinnt ist. Deshalb sind die freien Gewerkschaften noch nicht „sozialdemokratisch“! Weit mehr als dieser Umstand hat die gemeinsame Auffassung von dem Wesen unserer kapitalistischen und der Ausbeutung der Menschen durch Menschen be- ruhen den Gesellschaftsordnung beide, Partei und Gewerkschaft, nahegebracht. Ihre Erkenntnis drängte sie auf den Boden des Klassenkampfes, das heißt sie sind von der Unversöhnlichkeit von Kapital und Arbeit und des endlichen Sieges der Arbeiterklasse überzeugt. Also darin sind sich Partei und Gewerkschaft vollständig „eins“. Und diese Einheit wurde noch nie bestritten.

Wenn in Deutschland Partei und Gewerkschaft in weit innigerem Manner stehen wie beispielsweise in England, so haben hierzu die bürgerlichen Parteien bezw. die herrschende Klasse in hervorragendem Maße beigetragen. Wir wollen absehen von dem Bedrängnissen, denen Partei und Gewerkschaften unterm Sozialistengesetz ausgesetzt waren; wir wollen auch absehen von den nach Fall des Ausnahmegesetzes geplanten Anebelungen der deutschen Arbeiterbewegung mittels Zuchthaus- und Umsturzvorlagen; wir wollen nur hinweisen auf die Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft wie wir sie noch zur Zeit im Klassen- und Polizeistaat Preußen-Deutschland erdulden müssen. Auf wirtschaftlichem Gebiete: Klassenjustiz gegen Streikführer, Geltendmachung der staatlichen Macht zugunsten der Unternehmer, Verschneidung des Koalitionsrechtes; auf sozialpolitischem Gebiete: Hintanhaltung jedweder ernsthaften Reform unserer Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-gesetzgebung, Verschandelung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter, mangelnde Durchführung der bestehenden sozialpolitischen Gesetze; auf politischem Gebiete: Aufbürdung unerträglicher Steuerlasten und Verweigerung des Mitbestimmungsrechtes im größten deutschen Bundesstaate, Vorenthaltung eines den heutigen Verhältnissen entsprechenden Wahlrechtes zu den Gemeindeverwaltungen, dazu die Verhöhnung einer übermütigen Junkerklasse und hundert andere Dinge — all das legt bereites Zeugnis davon ab, daß in Deutschland die Arbeiterklasse noch recht weit davon entfernt ist, entsprechend ihrer numerischen und kulturellen Bedeutung bewertet zu werden. Und welche politische Partei ist es, die konsequent und prinzipiell für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des deutschen Arbeiters kämpft? Welche Partei ist es, die unerschrocken eintritt für weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung, Sicherung des Koalitions- und Versammlungsrechtes, die sich wendet gegen die weitere Ausdehnung der arbeitenden Bevölkerung durch eine auch unseren Kollegen bekannte unvernünftige nur die Interessen der Besitzenden währende Wirtschafts- und Steuerpolitik? Einzig und allein die Sozialdemokratie, die sich damit in Deutschland als die einzige und zuverlässige Arbeiterpartei bewährt hat. Und mit dieser Arbeiterpartei im

guten Einvernehmen zu leben, mit ihr nicht als untergeordneten, sondern als nebengeordneten Faktor die für die deutsche Arbeiterklasse notwendigen Angriffs- und Abwehrmaßnahmen treffen, das sind Aufgaben, deren sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht entziehen darf, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Das Unerkennliche dieses Zusammenarbeitens schwebte auch Bismarck vor, als er die denkwürdigen Worte prägte: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins!“ Keine Macht soll die Einigkeit der deutschen organisierten Arbeiterschaft zu fördern imstande sein!

Schließlich steht auch eine gehörige Dosis von Heuchelei dahinter, wenn die Gegner, seien es christliche, Hirsch-Dunderfackel oder gelbe Stimmungsmacher oder Ausgebaltene des Unternehmertums, ob unserer politischen Betätigung alljährlich die Augen zusammenklappen und im Gegensatz zu unserer Auffassung ihre politische „Neutralität“ beteuern. Was sich heute wirtschaftlich oder sozialpolitisch durchsetzen will, das muß auch mehr oder minder Stellung zur Politik nehmen. Ein Unterschied darin besteht allerdings zwischen den freien und den anderen Gewerkschaftsrichtungen, nämlich der, daß die freien Gewerkschaften keineswegs das Kubängsel einer bestimmten politischen Partei sind, währenddessen dies auf die christlichen und Hirsch-Dunderfackel Gewerkschaften mehr oder minder zutrifft, von den gelben und direktionsfreundlichen Vereinen ganz zu schweigen. Und die Unternehmern? Diese haben noch immer verstanden, sich ihren wirtschaftlichen Interessen gemäß politisch einzurichten. Das ist ja gerade mit ihr größter Schmerz, daß „ihre“ Arbeiter auch anfangen, sich über die engen Grenzen ihrer wirtschaftlichen Interessenerwertung hinaus „politisch“ zu bewegen.

Lehnen Endes haben wir Gemeinbearbeiter am allerwenigsten Veranlassung, uns politisch zu laßieren. Unsere „Arbeitgeber“, die Städteverwaltungen, sind öffentlich-rechtliche und politische Einrichtungen. Ihr Verhalten uns gegenüber wird direkt und indirekt von dem Stande der Politik beeinflusst. Der beste Beweis hierfür bietet uns der Gegensatz zwischen der kommunalen Arbeiterpolitik Süd- und Norddeutschlands. Auch kommt in Betracht, daß wir als Gewerkschaft allein einen bestimmenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen und der für uns so wichtigen Kommissionen und Deputationen selbst bei dem fortgeschrittensten Wahlrecht nicht ausüben können. Wir werden uns auch hier nach Waffenbrüderlichkeit umsehen müssen, und diese finden wir bei der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat schon herrliche Proben ihrer Kampfsolidität abgelegt. Und doch: kaum sind wir über einige Sprössen in der Stufenleiter unseres Aufwärtstrebens hinausgekommen. Große Aufgaben auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete harren der Lösung. Da heißt es vorwärts streben, um über den Berg zu kommen. Aber davon sind wir überzeugt, daß uns nicht nur die Erämpfung menschenwürdiger Daseinsbedingungen innerhalb unserer heutigen Gesellschaftsordnung gelingen wird, sondern auch die endliche Niederringung des Kapitalismus. Diese gemeinsamen Ziele haben immerwährende Einigkeit in der modernen Arbeiterbewegung zur ersten Voraussetzung. Also gilt das Wort: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins!“

Wirten wir auch fürderhin in diesem Sinne!

D. Schäfer.

## Der Kampf im Baugewerbe.

Gegenwärtig tobt im deutschen Baugewerbe ein hartnäckiger Kampf, dessen Ausgang die ganze zivilisierte Welt mit Spannung erwartet. Immer und überall, wo derartige Kämpfe entbrennen, wird man nach der Ursache derselben fragen müssen, schon deshalb, um ein Urteil abgeben zu können, wer von den kämpfenden Parteien die Schuld trägt. Es wird stets von Seiten der Unternehmer versucht, die Arbeiter für alles verantwortlich zu machen, was sich im Kampfe ums Dasein auf wirtschaftlichem Gebiete abspielt. Man versucht auch jetzt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, der Öffentlichkeit einzureden, daß die baugewerbliche Arbeiterschaft die Schuld an allen Vorkommnissen trage.

Dies kann aber nur dem aufgetischt werden, der das ganze Wirtschaftsleben von der Bierbank aus bearbeitet. Die deutsche Bauarbeiterchaft ist stets befreit gewesen, auf friedlicher Basis durch Abschluß von Tarifverträgen mit dem Unternehmertum dem Arbeitsverhältnis ein festes Gepräge zu geben. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden in diesen Verträgen auf Jahre hinaus festgelegt und hierdurch erhielt man sich beiderseitig (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) den gewerblichen Frieden. Bei den jetzigen Tarifverhandlungen stellte sich aber heraus, daß ein Entgegenkommen der Arbeitgeber von vornherein ausgeschlossen erschien. Die Dresdner Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe hat zur Genüge bewiesen, daß es nur darauf abgesehen war, eine Machtprobe zu konstatieren. Einseitige Forderungen wurden den Arbeiterorganisationen der Bauarbeiter zur Annahme unterbreitet, die ganz enorme Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ankündigten. Die Unternehmer verharteten nach wie vor bei allen gepflogenen Verhandlungen auf ihrem einseitigen Standpunkt. Alle Versuche der Bauarbeiterchaft, einen unparteiischen Schiedspruch herbeizuführen, scheiterten an der Hartnäckigkeit der Bauherren. Die angebotene Aussperrung aller baugewerblichen Arbeiter wurde dann auch vom 15. April ab in die Tat umgesetzt. Nach Angaben der Zentralverbände vom 20. April sind ausgesperrt: 60-70 000 Maurer, 22 000 Zimmerer und 24 000 Baubehilfsarbeiter. Von den „Christlichen“ fehlen die Zahlen noch. Die Gesamtzahl der Aussperrten beträgt 130-150 000. Daß das ganze Gebaren des Arbeitgeberverbandes nur auf eine Machtprobe, eine Vergewaltigung der Arbeiter hinausläuft, beweist der Umstand, daß selbst ein Mitglied des Bundes erklärt, „wenn er Arbeitnehmervertreter wäre, würde er unter keinen Umständen die Forderungen der Unternehmer annehmen haben.“ Derselbe erklärt dann weiter, „man solle nicht unnötig über Affordarbeit usw. debattieren, sondern der Punkt müsse erst erledigt werden: wollen wir die Macht haben?“ Hier ist der klarste Beweis erbracht, daß nur der Herr-im-Hause-Standpunkt mehr denn je zur Durchführung gebracht werden soll.

Es dürfte in weiten Kreisen und vor allem für unsere Kollegen von Interesse sein, zu erfahren, wie der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe schon im Jahre 1908 den baugewerblichen Arbeitern Verschlechterungen präsenzierte. Wir entnehmen aus einer von den vier jetzt an der Bewegung beteiligten Zentralverbänden unterzeichneten Denkschrift, vom Genossen Th. Bömelburg herausgegeben, die wichtigsten Momente, welche geeignet sind, das ganze Gebaren des Arbeitgeberbundes in das richtige Licht zu stellen. Im Jahre 1899 sagte der Maurer Felisch, einer der Vorkämpfer des Bundes auf der Generalversammlung: „Bevor wir nicht siegreich eine große Kraftprobe angestellt haben, werden wir nicht zur Ruhe und Frieden gelangen. Eine solche Kraftprobe muß angestellt werden. Es muß dahin kommen, daß wir die Arbeiter in großen Bezirken, wenn nicht in ganz Deutschland, aussperrten können, damit es mit den ungerechten Forderungen der Arbeiter ein Ende nimmt.“ Der berüchtigte Musterlarif von 1903 zeigte nur zu deutlich, daß es nur auf Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgesehen war. Es gelang den Verbänden, verschiedene Bestimmungen, wie ein „tüchtiger“ Geselle, das Agitationsverbot auf der Baustelle während der arbeitsfreien Zeit aus dem Tarif zu entfernen. Im allgemeinen mißten aber die Vorschläge der Unternehmer akzeptiert werden. Schon damals machte sich eine große Erbitterung unter der Arbeiterschaft geltend. Die jetzigen Bestimmungen im Vertragsmuster übertreffen an Trivialität alles bis jetzt Dagewesene. Vor allem werden verlangt: „Staffellöhne“ und das Wort „tüchtig“. Wer dann noch in den Augen des Unternehmers tüchtig erscheint, überlassen wir den Kollegen zur Beurteilung. Die Löhne der Erd- und sogenannter ungeschübter Hilfsarbeiter sollen der freien Vereinbarung unterliegen. Ueberall da, wo die Löhne im Tiefbaugewerbe höher sind als im Hochbau, sollen sie reduziert werden. Ebenfalls sollen die Löhne für ältere Arbeiter sowie für Junggesellen willkürlich festgesetzt werden. Auf die Verbandsmitglieder, die im Afford beschäftigt sind, soll von Seiten der Verbände kein Einfluß ausgeübt werden. Das Agitationsverbot auf der Baustelle auch während der Pausen wurde ebenfalls wieder verlangt. Der Arbeitsnachweis soll nur von Arbeitgeberseite verwaltet werden. Derselbe würde für die Arbeiter weiter nichts als ein Maßregelungsbureau sein. Eine Lohnerböschung und Verkürzung der Arbeitszeit soll bei der verlängerten fünfjährigen Tarifsdauer nicht eintreten.

Der Wunsch des Herrn Felisch ist also in Erfüllung gegangen. Die Paragraphen, die für die Hausordnung eines Zuchthauses passen, können unter keinen Umständen von der Bauarbeiterchaft akzeptiert werden.

Geben in diesem Kampfe ungeheuere Werte von Volkswerten verloren, so sind sie der Herrschaft des Arbeitgeberbundes nutzlos geopfert. Die deutsche Bauarbeiterchaft hat schon des

sternen glänzende Beispiele von Opfermut und Solidarität befundet, und wird auch diesmal nicht die Hände in den Schoß legen, sie wird kämpfen für den Grundgedanken der Gleichberechtigung, bis sie ihm die endgültige Anerkennung errungen hat.

Jeder rechtlich denkende Mensch muß angesichts dieser Tatsachen der Bauarbeiterschaft seine vollste Sympathie zollen. Hoffen wir, daß der den baugewerblichen Arbeitern aufgezwungene Kampf mit einer Niederlage der Unternehmer endet.

In Berlin ist der Friede gesichert, man ist hier den Arbeitern entgegengekommen, was im Interesse des Berliner Bauwesens unbedingt notwendig ist. Den aussperrungswütigen Unternehmern im Reich wird bei dieser Nachricht nicht sonderlich zumute sein.

**Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß** nahm vor Eintritt in die Tagesordnung die nachstehende Resolution einstimmig an:

„Der außerordentliche (VII.) Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zu Berlin spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus.“

Das von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeden weiteren Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden müßte. Die Zurückweisung dieser Bestimmungen erfordert das Selbsterhaltungsinteresse der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beschriebene Vergewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutschlands auf, auch ihrerseits den Ausgesperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen.“

## Erfolgreicher Abwehrstreik städtischer Gartenarbeiterinnen.

Die botanische Abteilung der städtischen Garten- und Parkverwaltung in Berlin ist vom Humboldthain nach Blankensee verlegt worden. In dieser Abteilung sind eine Anzahl Arbeiterinnen beschäftigt. Der Lohn für Parkarbeiterinnen beträgt seit Jahresfrist 2,25 Mk. pro Tag. Diesen Lohn erhielten ursprünglich auch die in der botanischen Abteilung in Blankensee beschäftigten Frauen. Kürzlich wurde ihnen angelündigt, daß ihr Lohn um 50 Pf. pro Tag auf 1,75 Mk. herabgesetzt werde. Diese Maßnahme soll darauf zurückzuführen sein, daß die Gärtner und Gärtnern in Blankensee Beschwerde bei der Verwaltung geführt haben über die angeblich zu hohen Löhne der Arbeiterinnen. Der Lohn, den diese Herren ihren Arbeiterinnen zahlen, beträgt nämlich nur 1,75 Mk. Um nun zu verhüten, daß ihre Arbeiterinnen, angeleitet durch die höheren Löhne der städtischen Kolleginnen, ebenfalls eine höhere Entlohnung fordern, verlangten diese Herren einfach, daß die Verwaltung die Löhne herabsetze. Das beschämendste bei der Sache ist aber, daß die Verwaltung sofort auf dieses unverkündete Verlangen einging. Sollte sie sich vielleicht neben dem Wohlwollen der Blankensefelder Gemüsebauern noch eine Extramerkung des Stadtkämmerers Steininger verschaffen?

Die Verwaltung hatte jedoch die Rechnung ohne die Frauen gemacht. Diese weigerten sich, zu den herabgesetzten Löhnen zu arbeiten. Wohl aber wurde die Verwaltung dadurch gezwungen, die bisherigen Löhne beizubehalten. Die Frauen haben den Versuch der Verwaltung durch ihr einiges Zusammenhalten erfolgreich abgewehrt.

Beschämend für die städtische Verwaltung ist es auch, daß der größere Teil der Parkarbeiter (alles Saisonarbeiter) unter dem orthodoxen Tagelohn entlohnt werden. Durch den Magistrat ist dieser auf 3,60 Mk. festgesetzt worden. Der Lohn der Saisonarbeiter beträgt nur 3,50 Mk., trotzdem es sich hier fast durchweg um volltätige Arbeiter handelt. Lebhafte Bestagen es die Arbeiter fern, daß die zugesagte Lieferung von Schuppen noch nicht durchgeführt worden ist. Bisher mußten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Parkverwaltung trotz der erbärmlichen Löhne ihr Arbeitszeugnis beschaffen. Uns wird mitgeteilt, daß größere Mengen von Schuppen im Humboldthain lagern sollen. Es wäre wirklich am Platz, daß sich die Verwaltung etwas mehr um die Durchführung der Deputationsbeschlüsse kümmert.

## Wasserbauarbeiter

**Ismaning.** Am 17. April fand beim „Bretwirt“ eine gut besuchte Versammlung der Wasserbauarbeiter statt. Kollege Weißhändl referierte über die neue Reichsversicherungsordnung. Der Referent schilderte den Anwesenden, welche Verschlechterungen der neue Entwurf bei einzelnen Versicherungszweigen den Arbeitern bringe. So soll z. B. bei der Unfallversicherung ein Einschreiten der Arbeiterssekretariate bei Gewährung der Rente in Zukunft ausgeschlossen sein. Damit wäre den Berufsgenossenschaften eine ihnen längst unbequem gewordene Last vom Hals geschafft. Denn gerade die Arbeiterssekretariate sind es, die schon Millionen aus solchen Versicherungen zugunsten der Arbeiter herausgeholt haben. Daß damit die Rentenquetscherei eine noch höhere Würde, steht zweifelsohne fest. Bei der Krankenversicherung wollen die Arbeitgeber durch Zahlung der Hälfte der Beiträge sich den gleichen Anteil der Vertretung sichern. Damit stünde hauptsächlich bei den Ortskrankenassen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter auf sehr schwachen Füßen. Wenn hier der große Opfermut der Arbeitgeber zu „bewundern“ ist, so muß doch das eine konstatiert werden, daß diese Herren sonst bei jeder Gelegenheit über die hohen Beiträge für die Arbeiterversicherung rätionieren. Daß aber die Arbeiter im allgemeinen sehr wenig von den Beiträgen haben, lehren uns die Summen, welche an Renten von der Invalidenversicherung seit Jahren im ganzen gezahlt wurden. Bei der Altersversicherung ist eine Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 60 bzw. 65 Jahren abgesehen. Auch ist eine Erhöhung der Renten im allgemeinen nicht vorgesehen, doch können die Arbeiter durch Ablebung von Zusatzmarken sich eine höhere Rente sichern. Des weiteren ist die Schaffung einer Witwen- und Waisenversicherung geplant. Jedoch wird diese nicht auf Grund eines Teiles des Ertrages des im Jahre 1902 eingeführten Polltarifs geschaffen, da ja diese Mittel nicht vorhanden sind, sondern es sind die Arbeiter, die durch Zahlung von höheren Beiträgen ihren Hinterbliebenen eine Rente sichern. Von Reichs wegen sollen die Witwen und Waisen einen Zuschuß von 50 bzw. 25 Mk. erhalten. Aus all diesen Ausführungen geht hervor, daß diese Versicherungsvorlage in seinem überwiegenden Teile für die Arbeiterschaft unannehmbar ist, weshalb seitens der Generalkommission für den 25. und 26. April ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß nach Berlin einberufen ist, um energischen Protest einzulegen. Die christlichen wie Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben die Teilnahme an diesem gemeinsamen Vorgehen abgelehnt, was nur zu bezeichnend für dieselben ist. Weisfälligkeit wurden die Ausführungen des Referenten entgegengenommen. Als zweiter Punkt wurde die Lohnfrage sowie die einzuführende 14tägige Zahlung behandelt. Da die Kollegen auf Vorstellung beim Herrn Bauamtmann sowie der Arbeiterausschuss ein sehr negatives Resultat erzielten, wurde Kollege Weißhändl ebenfalls vorstellig. Es darf wohl angenommen werden, daß der Herr Bauamtmann nach Zusammenstellung familiärer Löhne des Bauamtes zur Ueberzeugung kommt, den Wasserbauarbeitern eine der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung zu gewähren. Betreffs der einzuführenden 14tägigen Lohnzahlung muß gesagt werden, daß alle seitens des Herrn Bauamtmannes angeführten Gründe nicht zugunsten der Arbeiter sprechen. Denn es steht doch ohne Zweifel fest, daß die Arbeiter mit der 14tägigen Auszahlung, die man leider seitens der Regierung wegen Vereinfachung der Geschäftsabbarung allgemein durchführt, eine wesentliche Verschlechterung einsehen müssen. Gerade durch die 14tägige Auszahlung wird das Vorschuhwesen eminent gefördert und der Arbeiter sowie dessen Angehörige immer mehr in die traurige Lage versetzt, Not und Glend als ständigen Gast bei sich zu haben. Wenn aber trotz alledem nichts mehr die Einführung einer solchen Verschlechterung im wirtschaftlichen Leben hindert, so dürfen die Wasserbauarbeiter wohl hoffen, daß täglich um 8 Uhr morgens der nötige Vorschuß an die Arbeiter verabfolgt und außerdem an den Samstagen, wo nicht Lohnstag ist, ein entsprechender Betrag den Arbeitern als Vorschuhzahlung gewährt wird.

## Aus unserer Bewegung

**Mannheim.** Kollege Hedmann schreibt uns: „Sie lügen wie der Teufel und schwindeln aus Prinzip“. Dieses Wort des Dr. Eigel gilt nicht nur für die Zentrumspresse im allgemeinen, es gilt auch für die Gewerkschaftspresse der Zentrumschriften im besonderen. So schreibt der in Mannheim be— rühmte Tremmel über die Erfolge des christlichen Verbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und Gott weih noch was für Arbeiter unter anderen unglaublichen Dingen in Nr. 15 der „Gewerkschaftsstimme“ unter Mannheim folgendes: „Für sämtliche städtischen Betriebe einschließlich Straßenbahn konnte die Wahl nismahl eingeführt werden, was den Genossen nicht gerade sehr angenehm war. Auch sonstige Mißstände, z. B. bei den Ausschuhwahlen, wurden abgestellt. Durch die Neuegelung der Arbeits- und

Lohnverhältnisse erhielten die städtischen Arbeiter eine ansehnliche Lohnerhöhung." — Mehr Lügen kann man in wenigen Sätzen nicht gut zusammenhäufen. Wenn die übrigen „Erfolge“ der „Christen“, über die Tremmel berichtet, ebenso windig aussehen wie diese, dann kann man nur die Mitglieder bedauern, denen solcher Kohl jahraus jahrein vorgelegt wird. Zunächst soll hier offenbar der Anschein erweckt werden, als ob durch die Tätigkeits der „Christen“ eine kolossale Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in Mannheim im errungen worden wäre. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Anträge zur Verbesserung der Arbeitsordnung (eine solche ist erfolgt) nicht etwa von den Christen ausgingen, sondern vom freien Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und vom Gesamtarbeiterausschuß der städtischen Arbeiter Mannheims. Die „Christlichen“ könnten derartige Anträge in Mannheim überhaupt nicht stellen, ohne sich lächerlich zu machen, denn ihre Anhängerzahl unter den städtischen Arbeitern beträgt noch keine drei Duzend, während unser Verband wenig unter 1000 Mitgliedern zählt! Ein Beweis für die Schwäche der „Christlichen“ ist der, daß sie in keinem einzigen städtischen Betrieb auch nur einen Vertreter in den Arbeiterausschuß bringen konnten. Unwahr ist es auch, daß zu den Arbeiterausschüssen die Verhältnisse nicht eingeführt worden wäre. Ein diesbezüglicher Antrag ist allerdings seinerzeit einmal vom Bürgerausschuß angenommen worden, allein als der Stadtrat an die Verwirklichung herantreten wollte, zeigte es sich, daß die Einführung der Verhältniswahl praktisch undurchführbar ist. Die Ausschüsse sind nämlich Betriebsausschüsse und da werden Vertreter von einzelnen Gruppen gewählt, die oft nur sehr wenige Personen umfassen, so daß eine Verhältniswahl unmöglich ist. Der Gesamtausschuß aber besteht aus den Vorsitzenden der einzelnen Betriebsausschüsse und ihren Stellvertretern, die wiederum von den Ausschüssen selbst bestimmt werden. Auch hier würde eine Aenderung mit Rücksicht auf die vorgeschriebene geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Beratungsgegenstände unmöglich sein, wenn nicht ein Zustand eintreten sollte, der die Wirksamkeit der gesamten Ausschüsse überhaupt in Frage stellen würde. Aus diesen Gründen konnte die Verhältniswahl nicht eingeführt werden und es ist ganz selbstverständlich, daß infolgedessen die „Genossen“ auch nicht in der Lage kamen, die Einführung der Verhältniswahl „nicht sehr angenehm“ zu finden. Im übrigen wäre den „Genossen“ die Sache vollkommen gleichgültig gewesen, denn selbst bei der Verhältniswahl würden die „Christen“ nach den bisherigen Erfahrungen kaum einen Vertreter durchgebracht haben. Besser als die einfältige und grundlose Schimpferei auf die „Genossen“ wäre es schon, wenn die „Christen“ bei ihren Anträgen sich erst überlegen wollten, ob dieselben überhaupt durchführbar sind. Die abgeschafften Mißstände bei den Wahlen sind Phantasieprodukte der Christen, die in der realen Welt keine Verwirklichung gefunden haben. Der freche Schwindel bei der ganzen Sache ist aber die Behauptung, die städtischen Arbeiter in Mannheim hätten eine „ansehnliche Lohnerhöhung“ erhalten. Es genügt festzustellen, daß in der von Tremmel angegebenen Berichtszeit die Löhne um keine Pfennig erhöht worden sind, daß vielmehr die Lohnverhältnisse überhaupt keine Regelung erfahren haben. Wenn Tremmel schon für Mannheim, seinen früheren „Wirkungsbereich“, einen so ungeheuerlichen Schwindel aufstiftet, wie wird er erst andernwärts lügen?

**Rundschau**

Die Niederlegung der Akten sämtlicher Berliner Arbeiterausschüsse hat, wie wir schon andeuteten, ihre Wirkung beim Magistrat nicht verfehlt. Das Nachrichtenamt des Magistrats bringt folgende Mitteilung: „Entgegen der in der Öffentlichkeit verbreiteten gegenteiligen Behauptung sind im Etat des laufenden Rechnungsjahres bereits Beträge für eine mäßige Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne ausgeworfen. Es war eine Magistratskommission mit der Einzelberatung beauftragt worden, die jetzt dem Magistrat berichtet hat. Der Magistrat hat nach ihren Vorschlägen beschlossen. Die Lohnerhöhung wird mit der ersten Lohnperiode nach dem 1. Mai in Kraft treten.“ — Wenn auch das Nachrichtenamt, das zur Ausbrütung kam, noch nichts Bestimmtes zeigt, so bleibt doch zu erwarten, daß die Aktion der Berliner Kollegen nicht vergeblich war. Der Etatsentwurf der Gewerke zeigt übrigens keine Lohnaufbesserung. Wie steht's also damit? Wenn es übrigens sein muß, werden die Berliner Kollegen den Geburtsprozeß beschleunigen helfen.

**Verbandstell**

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

Die Funktionäre unseres Verbandes, welche mit der Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit betraut sind, machen wir darauf aufmerksam, daß als Stichtage für das zweite Quartal 1910 folgende Tage gelten: 30. April, 28. Mai und 2. Juli.

**Resultat der Delegiertenwahlen zum außerordentlichen Gewerkschaftskongreß 1910.**

Wahlkreis	Abgegebene Stimmen	Ungültige Stimmen	Stimmen entfielen auf	Anzahl der Stimmen	Prozent
Berlin	2796	7	Buhy-Berlin . . . 2787 Färber-Berlin . . . 2767	11	
Hamburg	2130	14	Gebert-Altona . . . 1422	8	
Bremen			Bohl-Lübeck . . . 1310		
Lübeck			Wegfahrt-Bremen . . . 796		
München	994	8	Sebald-München . . . 787	51	
Augsburg			Weiß-München . . . 153		
Stuttgart	1796	—	Hauser-Stuttgart . . . 947	86	
Nürnberg			Hegold-Nürnberg . . . 812		
Strasbourg	956	—	Hedmann-Mannheim	980	5
Frankfurt	807	1	Marole-Frankfurt . . . 654	8	
Cöln			Heing-Düsseldorf . . . 149		
Düsseldorf					
Leipzig	844	6	Schuchardt-Leipzig . . . 837	1	
Magdeburg					
Hannover					
Dresden	865	9	Breißler-Dresden . . . 744	18	
Dreslau			Seifert-Dresden . . . 22		
Königsberg			Dorn-Dresden . . . 77		
Brandenburg					
Einzelmitgl.					

Es sind somit gewählt die Kollegen: Emil Buhy-Berlin, Otto Färber-Berlin, Heinrich Gebert-Hamburg, Hermann Bohl-Lübeck, Franz Sebald-München, Josef Hauser-Stuttgart, Richard Hedmann-Mannheim, Richard Marole-Frankfurt, Heinrich Schuchardt-Leipzig, Reinhold Breißler-Dresden. Nicht an der Wahl beteiligt haben sich die Filialen: Aachen, Aalen, Aischaffenburg, Augsburg-Land, Aarmen, Benediktbeuren, Braubach, Brandenburg, Braunschweig, Colmar, Dortmund, Durlach, Eberswalde, Galling, Frankfurt, Fürstenwalde, Gabersee, Dall, Hof, Kaufbeuren, Kolberg, Laber, Ludwigshafen, Minden, Moosburg, München-Land, Neuburg, Offenbach, Pirmasens, Potsdam, Queblinburg, Reichenhall, Schweinfurt, Sonneberg, Stettin, Thalham, Traunstein. Verspätete Resultate gingen ein von: Grimnitzschau, Heidelberg, Kempten und Kitzingen. Die Wahl in Darmstadt wurde für ungültig erklärt.

Außer den oben benannten Gewählten nehmen am Kongreß noch teil die Kollegen A. Kohn, O. Nibel, G. Ahmann, E. Dittmer, O. Beder, J. Reihner vom Verbandsvorstand und Kollege G. Bürger vom Ausschuß.

Der Verbandsvorstand.

**Totenliste des Verbandes.**

- Richard Onnas, Berlin  
Zentralanstalt Herzberge  
† 27. 3. 1910, 29 Jahre alt.
- Georg Herrmann, Nürnberg  
Laternenanzünder  
† 12. 4. 1910, 42 Jahre alt.
- Johann Schöpf, Nürnberg  
† 14. 4. 1910, 54 Jahre alt.
- Heinrich Herwig, Cassel  
† 14. 4. 1910, 49 Jahre alt.
- Wilhelm Koker, Mainz  
† 15. 4. 1910, 75 Jahre alt.
- Karl Herrm. Wendt, Leipzig  
Märanlage  
† 18. 4. 1910, 84 Jahre alt.

**Alois Steinleitner, München**

Gasarbeiter  
Gestorben am 20. April 1910, im Alter von 35 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!

**Mannheim.**

Unser Kassierer, Kollege H. Dersch, wohnt jetzt Redarvorstadt, Langstraße 65 oder Lutherkirche 11.